

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 21. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement - Preis je Nummer 20 Pf. monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**

Beträgt für die sechsgehaltene Solonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berührungsbekanntmachungen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (mit das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

## Großstadt und Nahrungsmittel-Konsum.

Die Versorgung unserer Großstädte mit Lebensmitteln gewinnt naturgemäß ein immer größeres öffentliches Interesse. Nicht nur drängt sich die Verbeischnung gerade der wichtigsten Situationen mit dem Wachstum der Städte stets mehr in den Händen des Großhandels zusammen, nimmt ihre Verarbeitung in Schlächtereien, Bäckereien, Brauereien und Wirtschaften in stets höherem Maße die Form des Großbetriebs an, in erster Linie handelt es sich um die in Fabriken und schlechten Wohnungen zusammengepackten arbeitenden Massen, die in ihrer gesamten Lebenshaltung selbst bei steigender Wirtschaftskontinuität immer ausgeprägter der Unterernährung verfallen. Jeder Versuch, den gesamten Lebensmittelkonsum einer modernen Großstadt an der Hand der statistischen systematisch zu beleuchten, kann daher nur mit Dank begrüßt werden. Im Verlage von E. Reinhardt in München ist nun eine Studie von Dr. E. Kreuzbauer „Die Versorgung Münchens mit Lebensmitteln“ erschienen, so weit uns bekannt, die erste Monographie auf diesem Gebiet, die, ausgestattet mit einem reichen und teilweise noch nicht publizierten statistischen Material, für uns um so höheres Interesse bietet, als ihr Verfasser persönlich dem Socialismus durchaus fernsteht und sich bemüht zeigt, sein Material möglichst gegen socialistische Forderungen auf kommunalem Gebiet zu lehren. Wie wenig ihm dies in Wahrheit gelingt, wird sich aus den folgenden Ausführungen ergeben.

In dem Zeitraum von 1881—1901 hat sich nach der Berechnung des Verfassers der Fleischverbrauch Münchens von 221 140 auf 394 989 Doppelcentner vermehrt, also nahezu verdoppelt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in dem genannten Zeitraum einschließlich einer Reihe von Eingemeindungen die Gesamtbevölkerung von 233 000 auf 503 000 Köpfe stieg. Die Höchstziffer des Verbrauchs ward im Jahre 1900 mit 401 010 Doppelcentnern erreicht, gegen die mithin schon das erste Jahr der Ende 1900 einsetzenden wirtschaftlichen Krise den beträchtlichen Rückgang von über 8000 Doppelcentnern aufweist, wiewohl die Bevölkerung sich in diesem Jahre um 18 000 Köpfe vermehrte. Aber von diesem letzten Jahre ganz abgesehen, ergibt sich nach den Berechnungen Kreuzbauers die allgemeine Thatsache, daß während die Bevölkerung Münchens in den Jahren 1881 bis 1900 um 109,75 Proz. zugenommen hat, der Fleischkonsum nur um 81,83 Proz. gestiegen, und, pro Kopf berechnet, von 94,8 auf 81,8 Kilogramm zurückgegangen ist, und dies, obwohl die allgemeine wirtschaftliche Lage gerade während der letzten Jahre unerkennbar besser war. Das gleiche Resultat tritt zu Tage, wenn man von der Einfuhr rohen und verarbeiteten Fleisches absieht und nur das Schlachtvieh zu Grunde legt. Nach der Aufstellung des statistischen Amtes der Stadt München ergibt sich alsdann für die „Prosperitätsjahre“ folgendes Bild:

| Jahr | Schlachtvieh in 100 Kilogr. | Eintochnerzahl | pro Kopf der Bevölkerung |
|------|-----------------------------|----------------|--------------------------|
| 1896 | 328 298                     | 415 000        | 79,1                     |
| 1897 | 338 224                     | 430 000        | 78,6                     |
| 1898 | 342 468                     | 446 000        | 76,8                     |
| 1899 | 380 597                     | 466 000        | 77,3                     |
| 1900 | 381 625                     | 490 000        | 77,9                     |
| 1901 | 375 285                     | 503 000        | 75,2                     |

Also trotz der günstigen Wirtschaftskontinuität eine relativ beträchtliche Abnahme im Verbrauch des wichtigsten Nahrungsmittels. Nun sind ja 81,8 bezw. 75,2 Kilogramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu andern Städten immer noch hohe Ziffern, die München in Bezug auf den Fleischkonsum an die dritte Stelle in Deutschland setzen. Doch aber mit wachsender Industrialisierung der Fleischkonsum allenthalben abnimmt, beweist eine den Motiven zum Fleischbeschau-Gesetz beigegebene und vom Verfasser angelegene vergleichende Uebersicht über den Verbrauch in 36 größeren Städten, deren Industrie reichste durchweg die niedrigsten Konsumziffern aufweisen.

Auch für München erhellt die Thatsache, daß die Einfuhr rohen und verarbeiteten Fleisches gerade in den letzten Jahren im Haushalt der Großstädte eine Höhe erreicht, die jedes Einfuhrverbot ohne weiteres als von der einschneidendsten Wirkung erkennen läßt. Während München 1881 nur 4000 und 1898 10 540 Doppelcentner Fleisch importierte, belief sich die Einfuhrziffer 1899 auf 20 890, 1900 auf 19 385, 1901 auf 19 684 Doppelcentner. „Freilich“, meint der Verfasser natü. genug, „werden diese Zahlen eine wesentliche Verschönerung erleiden, wenn erst über die Folgen des Einfuhrverbots von rohem Fleisch auf Grund des Fleischbeschau-Gesetzes nähere Ziffern festgestellt werden können, und München wird sich wohl nach neuen Bezugsquellen innerhalb Deutschlands umsehen müssen, wenn nicht der Konsum eine wesentliche Einschränkung erfahren soll“. Wie die vorstehend mitgeteilten Ziffern erweisen, ist diese Beschränkung bereits Thatsache geworden und wird es in noch höherem Maße werden müssen, als nach des Verfassers eigenen Worten „der Zugang in die Städte der Hauptstadt nach aus Arbeitern samt Familien, mithin aus wirtschaftlich schwachen Elementen besteht“. Die Gründe, aus denen die Verminderung insbesondere des Konsums an frischem Schlachtfleisch resultiert, sagt er wie folgt zusammen: „Wenn schon diese Leute (gemeint ist die Arbeiterschaft) an und für sich nur verhältnismäßig wenig Fleisch verzehren, so zwingen sie die mit dem Umzug verbundenen außerordentlichen Unkosten, die höheren Wohnungspreise der Großstadt sowie die mit dem Leben in der Stadt unvermeidlich verknüpften höheren Aufwendungen für alle Lebensbedürfnisse... in der ersten Zeit in Bezug auf die Lebenshaltung sehr große Beschränkungen sich aufzuerlegen, und zu diesem

Zweck wird naturgemäß am teuersten Lebensmittel, dem Fleisch, zumeist gespart. Eine weitere Erklärung für die Abnahme des lohnweise berechneten Fleischverbrauches ist zu erblicken in dem zunehmenden Verbrauch an eingeführten Wurst- und Fleischwaren, nicht minder aber darin, daß sämtliche Lebensmittel sowie auch alle sonstigen Bedürfnisse, z. B. die Wohnungsmiete innerhalb der letzten 20 Jahre bedeutend im Preise gestiegen sind, außerdem aber auch darin, daß unverkennbar für Vergnügen und Luxusausgaben, für Vereine usw. mehr Geld aufgewendet wird...“ In der Hauptfrage wird also auch hier die mehr als ausgleichende Wirkung der Preissteigerungen für Lebensmittel, Wohnung und Kleidung etwaigen Lohnrückgehungen der letzten Jahre gegenüber ausdrücklich zugestanden, wie das ja auch aus den Zahlen der Statistik zur Evidenz hervorgeht.

Höchst charakteristisch aber ist die Bewegung der Verbrauchsziffer an der sogenannten „Freibank“, der Verkaufsstelle für minderwertiges Fleisch. Ueber den „freiwilligen Zutrieb“ giebt die nachstehende Tabelle Aufschluß:

| Jahr | Städ | Jahr | Städ |
|------|------|------|------|
| 1893 | 2121 | 1898 | 1428 |
| 1894 | 1671 | 1899 | 538  |
| 1895 | 1098 | 1900 | 710  |
| 1896 | 1363 | 1901 | 400  |
| 1897 | 1378 |      |      |

Der freiwillige Zutrieb bewegt sich also in absteigender Linie, „vermutlich“ deshalb, sagt unser Verfasser, „weil bei den hohen Viehpreisen der letzten Jahre die Händler auch für verhältnismäßig minderwertiges Vieh — und nur solches bringen die Dekonomen zur Freibank — gute Preise zu zahlen in der Lage sind“. Die Hauptmasse der auf der Freibank verkauften Tiere stammt jedoch von Beständen, die gelegentlich der Beschau auf dem Vieh- bezw. dem Schlachthofe. Interessant ist hierbei die von Kreuzbauer gleichfalls statistisch belegte Thatsache, daß von den ihrer großen Mehrzahl nach aus Oesterreich stammenden Ochsen nur verhältnismäßig wenige beanstandet werden mußten, daß dagegen unter den fast durchweg aus Bayern stammenden Kühen, Kälbern und Schweinen ziemlich viele als nicht vollwertig erkannt wurden. Dies, sowie der unermittelte und rapide Abfall des freiwilligen Zutriebes 1899, dem Geburtsjahre rigoroser Grenzschranken, bietet eine sprechende Illustration, wie die Grenzsperr, die zum größten Teil hygienischen Rücksichten der konsumierenden Bevölkerung gegenüber ihren Ursprung verdanken soll, auf die Qualität der Fleischnahrung und mittelbar also auch auf die Gesundheit wirkt. Des Umstandes, daß die Hausfleischungen von jeder amtlichen Kontrolle befreit sind, mag dabei nur im Vorübergehen gedacht sein. Hand in Hand damit geht in den letzten Jahren eine nicht unwesentliche Steigerung des Konsums von Pferdefleisch. Betrug die Zahl der geschlachteten Pferde 1433 im Jahre 1896, so stieg dieselbe in den folgenden Jahren bis 1901 auf 1419, 1899, 1891, 1753 und 2055. Wie die wirtschaftliche Depression in andern dem Arbeiterkreise wirkt, mag die Thatsache zeigen, daß in München 1901 240 885 Stück Tauben oder 53,27 Proz., und 78 905 Stück Gänse oder 24,58 Proz. weniger verzehrt wurden als im Vorjahre.

Der Verfasser untersucht weiter die Frage, ob die bayerische Landwirtschaft in absehbarer Zeit durch ausgedehntere Viehzucht den Fleischbedarf des Königreichs, speziell seiner Hauptstadt zu genügen im Stande sein würde. Zunächst wird die fortlaufende prozentuale Zunahme insbesondere des österreichischen Zutriebes, der für Bayern in nennenswertem Umfang allein in Betracht kommt, festgestellt. Während Bayern noch 1891 61,3 Proz. des Zutriebes an Mastochsen auf dem Münchener Markt stellte, ist sein Anteil bis auf 38,47 Proz. in 1900 und 41,46 Proz. in 1901 zurückgegangen. Der auswärtige Anteil dagegen stieg von 38,7 Proz. in 1891 auf 61,53 Proz. in 1900 bezw. 58,54 Proz. in 1901. Die Verfechter des Vieh-Einfuhrverbots in Bayern behaupten nun, der österreichische Zutrieb mache das aus Bayern stammende Mastvieh unverkäuflich, das infolgedessen als Zuchtvieh nach dem übrigen Deutschland exportiert werden müsse. Kreuzbauer weist nun tabellenmäßig nach, daß der gesamte Münchener Export in den letzten sieben Jahren nicht 50 Proz. des bayerischen, dem Gesamtbedarf der Hauptstadt bei weitem nicht genügenden Zutriebes betragen habe; wäre also auch sämtliches bayerisches Vieh in München verblieben, so hätte doch der Konsum der Hauptstadt nicht entsetzt werden können. Der bayerische Bauer hat aber unserm Verfasser zufolge vor der Hand auch nicht das geringste Interesse, sich mehr auf Mastviehzucht zu verlegen. Für Jung- und Zuchtvieh erhält er verhältnismäßig sehr gute Preise; rechnet er die Ersparnis an Futterkosten, das geringere Risiko, die Erträge der Mastwirtschaft usw. hinzu, so ergibt sich für ihn ein gleich günstiges finanzielles Ergebnis, als er bei der Mast von Schlachtvieh erwarten kann. Danach darf „in absehbarer Zeit weder eine namhafte Erhöhung der Zufuhr noch eine Qualitätsverbesserung der aus Bayern kommenden Schlachtvieh erwartet werden“.

Damit aber charakterisiert sich das von den bayerischen Landwirten gestellte Verlangen auf mehr oder minder vollständige Absperrung der bayerisch-österreichischen Grenzen gegen die Schlachtvieh-Einfuhr als ein solches, das eine schwere Gefahr für die Fleischversorgung Münchens nach sich ziehen müßte, einfach aus dem Grunde, weil die bayerischen Landwirte nicht entfernt gewillt sind, sei es qualitativ, sei es quantitativ, den Bedarf Münchens an Großvieh zu befriedigen.“ Zu dem gleichen Resultat gelangt der Verfasser in betreff der Schweinezufuhr.

Das Ergebnis der über den Vieh- und Wotterverbrauch Münchens angestellten Studien Kreuzbauers ist infolge der Mangelhaftigkeit des vorhandenen Materials ein rein negatives; er scheidet daher von der Aufstellung irgendwelcher Konsumziffern ab, was wohl andre Gelehrte, die auf Grund eben jenes Materials solche Ziffern für München mitgeteilt haben, zur Nachprüfung veranlassen wird. Wichtig

sind dagegen die von ihm mitgeteilten Daten über den Milchkonsum. Die Stadtproduktion an Milch ist auch in München gering, zumal die Anzahl der zur Milchgewinnung gehaltenen Tiere im Stadtbereich immer mehr zurückgeht. Ergab eine im Jahre 1898 vorgenommene Zählung noch 1850 der Milchgewinnung dienende Kühe, so wies die letzte Viehzählung vom 1. Dezember 1900 nur noch 1740 Kühe auf. Entsprechend wächst die mit der Viehzucht täglich in die Stadt verfrachtete Milch rapide an, während auch die Zufuhr per Kasse absteigende Tendenz zeigt. Für die Viehzucht kommen selbst das 126 Kilometer entfernt gelegene Radlborf bei Straubing sowie das 108 Kilometer abwärts liegende Ruffstein noch in Betracht. Von den Endstationen der verschiedenen für die Milchverförmung Münchens wichtigen Linien liegen nur zwei innerhalb eines Radius von 50 Kilometern, vier zwischen 50 und 60, fünf zwischen 60 und 70, drei zwischen 70 und 80, zwei zwischen 80 und 90 und drei über 90 Kilometer entfernt. Während noch 1898 die Rahmmilch mit 46,46 Proz. unter der Hälfte des Gesamtkonsums blieb, hatte sie dieselbe 1899 mit 50,28 Proz. bereits überschritten, um 1900 weitere 8 Proz. des Gesamtverbrauchs zu umfassen. Da vor dem Jahre 1898 keine Aufstellungen über den Münchener Milchkonsum existieren, läßt sich nur für die letzten Jahre ein Bild gewinnen. Nach den Aufstellungen unfres Verfassers wurden

| Jahr         | 1898 täglich                            | 1899  | 1900 | 1901 |
|--------------|---|-------|------|------|
| 1898 täglich | 160 120 Liter oder 0,367 Liter pro Kopf |       |      |      |
| 1899         | 172 615                                 | 0,381 |      |      |
| 1900         | etwa 175 000                            | 0,376 |      |      |
| 1901         | 180 000                                 | 0,353 |      |      |

konsumiert. Der Unterkonsum setzt also auch hier mit dem Jahre 1900 ein und wird zum nicht geringen Teil auf minderwertigere Ernährung der Säuglinge zu setzen sein.

In dem vorstehenden Artikel haben wir aus den Ausführungen Kreuzbauers das wesentlichste vom Standpunkte des Konsumenten mitgeteilt. Die Resultate, zu denen er gelangt, bewegen sich durchaus im Rahmen der vom Socialismus an der heutigen Gesellschaft geübten Kritik, ein Beweis, wie auch bürgerliche Gelehrte wider den eignen Willen die Position des Socialismus stärken müssen, sofern sie sich nur bemühen, die tatsächlichen Verhältnisse vorurteilsfrei zu begreifen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. August.

### Das Viehrecht-Syndikat.

Unsre gestrigen Veröffentlichungen über das von Viehrecht geführte kapitalistische Massenauflöcher werden in den freisinnigen Blättern lebhaft erörtert. Die „Vossische Zeitung“ schließt ihre Betrachtungen:

„Diese ganzen Treibereien des Herrn Viehrecht und der Scharfmacher gegen das wichtigste Grundrecht des deutschen Volkes müssen in weiten Kreisen tiefe Verwirrung erzeugen, wenn sie nicht alsbald von der Regierung in klarer, jeden Zweifel ausschließender Form zurückgewiesen werden. Solche Maßnahmen sind Wasser auf die socialdemokratischen Mühlen. Sie zeugen von einer politischen Kurzsichtigkeit, wie man sie bei fanatischen Centralverbands-Industriellen, nicht aber bei verantwortlichen Staatsmännern begreifen kann. Ein Attentat auf das Reichswahlrecht müßte zu den verhängnisvollsten Folgen führen. Die „Kölnische Zeitung“ hat recht, die Ershütterung unfres gesamten politischen Lebens wäre so schwer, daß man verständigerweise gar nicht daran denken kann“. Und der Reichsfinanzler, das Staatsministerium, der Bundesrat sollten demnach daran denken? Oder ist das nur den Kommerzienräten vorgeredet worden? U. a. w. g.“

Diese Antwort der Regierung bleibt nach wie vor. Kein Offiziosus hat bisher den Auftrag erhalten, Herrn Viehrecht Lügen zu strafen, der als Mattensinger das ganze Heer der „fatten Matten“ hinter sich zieht. Dies Schweigen ist ein Geständnis; denn die Andrede wäre natürlich lächerlich, daß sie auf Behauptungen „eines Herrn Viehrecht“ sich nicht zu verteidigen brauche. Wo das wichtigste politische Recht auf dem Spiele steht, muß eine halbwegs zurechnungsfähige Regierung alles thun, um sich vor dem schweren Verdacht zu reinigen.

Die „Vossische Zeitung“ giebt die gut gemeinte, aber ein wenig naive Anregung, „daß sich alle freisinnlich gesinnten Elemente, ob freisinnig oder socialdemokratisch, zu gemeinsamer Verteidigung des gefährdeten Reichstags-Wahlrechts und zu gemeinsamer Eroberung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag zusammenzusetzen zu einer großen „Liga der Menschenrechte“.

Darüber denkt gewiß Herr Eugen Richter wesentlich anders; denn sein Organ, die „Freisinnige Zeitung“, versucht ganz wie die Blätter der geheimen Wahlrechtshege die Bedeutung der Treibereien zu verkleinern und die Zuverlässigkeit des Herrn Viehrecht zu erschüttern, wie das im Stil der „Kölnischen Zeitung“ auch die „Deutsche Tageszeitung“ des Herrn Hertel unternimmt.

Die konservativen Blätter „Arens-Zeitung“ und „Post“ schweigen. Das Berliner Organ aber der am schwersten belasteten Partei, der Nationalliberalen, die von Herrn Victor Hahn dirigierte „National-Zeitung“ versucht sich mit folgender Notiz aus der Affaire zu ziehen:

„[Neue Enthüllungen des Vorwärts.] Der „Vorwärts“ fährt fort, über die Verschönerung gegen das Wahlrecht zu berichten, wie er die Viehrechtsscheitungen nennt. Nach seinen neuesten Mitteilungen soll unter den Geldgebern für Dr. Viehrechts, übrigens absolut ausichtslos, Scharfmacher und auch die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ mit 150 M. fungieren. Auf direkte Anfrage wird und telephonisch mitgeteilt, daß der Be-



**Daktion des genannten Blattes** von dieser angeblichen Unterstützung **Dr. Giesebrechts** nicht das Mindeste bekannt ist. Weitere Aufklärung dürfte alsbald erfolgen.

Die telephonische Antwort der „Köln. Ztg.“ beweist gar nichts. Die Redakteure des rheinischen Blattes werden dafür bezahlt, daß ihnen niemals das Mindeste bekannt ist. Sie müssen sich künstlich eine Gedächtnisschwäche anzueignen, die ihnen gestattet, daß ihnen schon nach acht Tagen nicht das Mindeste von der Ueberzeugung bekannt ist, die sie eine Woche früher mit heiliger Leidenschaft vertreten haben. Immerhin die eignen Mitarbeiter kennt doch wohl die Redaktion und eine Spende von 150 M. vergißt man auch nicht, selbst wenn sie schon vor einiger Zeit gegeben worden ist. Sollte also die Redaktion der „Köln. Ztg.“ beschwören können, daß sie niemals die 150 M. an Dr. Giesebrecht gegeben hat, so würde das die Beschuldigung bedeuten, daß Herr Dr. Giesebrecht ein Kollektionschwindler sei, der zur Erzielung von Geldsendungen mit gefälschten Beiträgen prahlt. Wir aber haben Anlaß genug, dem Dr. Giesebrecht mehr zu glauben als den telephonischen Unschuldsbeteuerungen der großen Dame vom Rhein.

Es ist ja zuzugeden, einen sehr geschickten Sachwalter haben die preussische Regierung und die nationalliberal-freikonservativen Arbeiter-Ausbeuter nicht. Dieser Propagandist eines sinnlosen Pluralismus könnte auch eine bessere Sache ruinieren als er vertritt. Aber Herr Giesebrecht ist völlig gleichgültig. Seine Geldgeber aber sind eine starke Macht, sie stehen auch im innigsten Verkehr mit den „regierenden Kreisen“ — darum verdient das Giesebrecht-Syndikat Beachtung. Die preussischen Landtagswahlen geben die nächste Gelegenheit, mit der Gesellschaft abzuzählen. —

#### Der „germanisierende“ Korruptionsfonds.

Die Beziehungen der Anstiftungskommission zu der Landbank, die wir kürzlich nach einem Posener Blatt schilderten, werden fast von der ganzen bürgerlichen Presse folgeschwiegen. So weit wir sehen, behandelt von größeren Blättern nur die „Kölnische Volksztg.“ den skandalösen Fall äußerster politischer Korruption, daß die führenden Galatisten Interessenten und Spekulanten der Bank sind, die aus dem 250-Millionsfonds indirekt subventioniert wird, und daß die staatliche Anstiftungskommission von der Landbank zu höheren Preisen dieselben Güter ankauft, deren Erwerbung direkt vom Verkäufer zu niedrigeren Preisen sie früher abgelehnt hatte. Die „Köln. Volksztg.“ spricht mit Recht von einem Panama des Galatismus und bemerkt: „Ein Fonds, der eine halbe Milliarde enthält, ist ein so kolossaler Sumpftopf, daß Unzählige daraus lösseln können.“

Daß die Herren v. Hansemann und v. Tiedemann aus der Germanisation ein Geschäft machen, ist nicht weiter verwunderlich. Es ist aber noch nicht dagewesen, daß ein Staatsfonds von fast einer halben Milliarde anscheinend nur zu dem Zwecke errichtet wird, um die Privatinteressen von Bankgründern zu fördern. Nächstens werden die Herren Schulz und Romeid, die Terlingen und Sanden, die Ezyer und Treberschmidt bei der preussischen Regierung und bei dem preussischen Landtag wohl auch petitionieren, daß man sie — germanisieren möge.

Für die Moral und Psychologie der kapitalistischen Welt ist der Vorgang recht aufklärend. Auf dem Markt predigt man von deutscher Kultur, von der Verbreitung des Germanentums, von nationaler Mission, und alles hat doch nur den Zweck, mit einem klingenden Namen ein schmutziges Gewerbe zu firmieren und einigen Kapitalisten neue Profite zu verschaffen.

Diesmal aber ist die Affaire so unsauber, daß selbst die Offizien, die doch sonst das Blaue vom Himmel herunterholen, kein Wort der Entschuldigung, keine Silbe der Andrede finden. Es ist die höchste Zeit, daß die preussische Junkerherrschaft ausgeräuchert wird. —

#### Wahlbetrugereien.

Ueber die Verurteilung des Arbeiters Warstadt in Drauschweig zu drei Monaten Gefängnis wird berichtet, daß der Verurteilte als Stukfater Sommerfeldt gewählt habe. Als dann Sommerfeldt selbst kam und sich legitimierte, stellte sich der Betrug heraus. Vor Gericht gab der Angeklagte an, er habe gehört, daß Sommerfeldt verhindert wäre zu wählen und deshalb habe er für diesen gewählt, ohne sich etwas Böses dabei zu denken. Der Vorsitzende des Gerichts erwiderte nach dem Bericht der „Magdeburger Zeitung“, daß der Angeklagte durch sein Vorleben bewiesen habe, daß er die Gesetze nicht achtet. Im übrigen sei es ja eine bekannte Sache, daß, wenn irgend ein Wähler der sozialdemokratischen Partei an der Stimmabgabe verhindert sei, ein anderer dessen Stimme abgebe; derartige Fälschungen könne der Staat sich aber nicht gefallen lassen.

Diese Behauptung ist eine Leichtfertigkeit, deren sich der Vorsitzende eines Gerichts nicht schuldig machen sollte. Er bezichtigt damit die Wähler unsrer Partei ohne weiteres der Fähigkeit des Betruges. Der Herr Richter hat keinerlei Beweise für diese Behauptung und er sollte wissen, daß er damit eine schwere Beleidigung auspricht. Es ist ihm dringend zu empfehlen, sich in Zukunft in seiner Eigenschaft als Richter auf die Beurteilung der ihm vorliegenden Fälle zu beschränken. Gegenüber der pharisäischen Ausbeutung vorgelommener Betrugereien gegen unsre Partei sei doch wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Wahlbetrugereien von Angehörigen anderer Parteien schon genug festgestellt worden sind. Wir haben erst in der vorigen Woche mitgeteilt, daß in Koburg ein Gemeindevorsteher und zwei Wahlbeisitzer wegen Wahlfälschung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Einen neuen Fall dieser Art berichtet der „N. V. L.“, indem er schreibt:

„Der Centrums-Bürgermeister Ebner in Balstetten hat bei der letzten Reichstagswahl, bei der er energisch für die „gute Sache“ wirkte, in seiner Eigenschaft als Wahlvorsteher für zwei nicht anwesende Wähler Stimmzettel abgegeben und zwar für den Oekonom Leonhard Wader, Haus Nr. 79, der auf dem Pferdewerk in Ulm war, sowie für den Engeldwirt Johann Mayer, der ebenfalls auswärts war. Da das Ministerium eben Erhebungen über vorgelommene Wahlregelwidrigkeiten pflegt, so könnte dieser Fall gleich als Material dienen. Wahlkommissar für den Wahlkreis Dillingen war Regierungsrat Freiherr v. Pechmann, der aus der Wählerliste sofort zu konstatieren vermag, ob für die Betreffenden gewählt wurde.“

Das „Berliner Tageblatt“ teilt ferner mit, daß in Satspe im Wahlkreise Kolberg-Köslin bei der Stichwahl freimüthige Stimmzettel aus der Wahlurne genommen und durch konservative ersetzt worden sind. Und die „Münchener N. N.“ berichten:

In Bettmaringen, einem Dorfe im zweiten badischen Reichstags-Wahlkreise — der nach heftigem Kampf „trotz“ 83 Proz. katolischer Bevölkerung seine nationalliberale Vertretung beibehielt — hatten am Stichwahltag die drei Töchter eines greisen Bauern ihren Vater dadurch verhindert, einen liberalen Stimmzettel abzugeben, daß sie ihm die Weine zusammenbanden. Die Staatsanwaltschaft hat sich des Falles bereits angenommen.

Man vergesse doch auch nicht die Thatsache, daß noch von jedem Reichstags eine gewisse Anzahl für ungültig erklärt worden sind, bei denen zu Gunsten der bürgerlichen Parteien die ärgsten Gesetzesverletzungen vorgekommen sind. Daß diese Gesetzesverletzungen nicht immer unter Strafe gestellt sind, ist nur dem Umstande geschuldet, daß sich das höchste Recht des Volkes bei den maßgebenden Parteien noch nicht der Achtung erfreut, die ihm gebührt. Das ändert aber nichts an der moralischen Verwerflichkeit

solcher Handlungen, die ganz ebenso wie betrügerische Abstimmung eine ungesetzliche und unmoralische Beeinflussung der Wahl sind. Die Presse der herrschenden Parteien begeht also nicht wie eine elende Heuchelei, wenn sie sich jetzt entrüstet stellt und vereinzelte Vorkommnisse, die wir eben verurteilen wie andre Wahlfälschungen, uns als Partei zur Last legt. Wenn die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages ihre Arbeit beginnen wird, dann werden wir Gelegenheit nehmen, diese Presse an ihre jetzige Entrüstung zu erinnern.

### Deutsches Reich.

#### Die Kaiserinsel.

Wir haben der klugen und wohlunterrichteten Presse ein paar Tage Zeit gelassen, um ihre respektswidrigen Scherze gegen die Hofherren, die patriotisch über die Sicherheit der Monarchie nachstimmten, in möglichster Reichhaltigkeit los zu werden. Wir haben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ den hübschen Reinfall bereitet, daß sie ebenso ernsthafte wie hochfiedale Pläne für „tächerliche Hundstags-Phantasien“ erklärte. Wir haben dem seriösen „Berliner Tageblatt“ den Rindstich-Spott gegönnt, daß der „Vorwärts“ sich in der Rolle der Theresie Humbert gefalle und wir haben ihm die feierliche Aufforderung an uns gestattet: „Namen nennen!“ „Der Vorwärts“, schrieb das seriöse „N. Z.“:

„hat Dokumente“, er hat den Beweis für seine Behauptung in Händen, wie die Pariser Ehren-Theresie; doch gleich dieser ehrenwerten Person giebt sie der „Vorw.“ nicht heraus. Das ist unter Umständen ganz praktisch. Aber das hindert die andern nicht, manusefetzt an den „Vorw.“ die Aufforderung zu richten, doch endlich mit seinen dokumentarischen Beweismaterialien heranzutreten, statt allerhand diplomatisierende Binselsätze zu machen. Derlei schickt sich für ein „sozialdemokratisches“ Blatt, das stets und nur die reinste Wahrheit verkünden muß, durchaus nicht.“

Der Wahrheitsseifer des „Berliner Tageblatt“ rührt uns, und wenn es uns auch gestatten muß, Dokumente dann und so zu verwerthen, wie es uns am zweckmäßigsten scheint, so wollen wir doch ihren Wissensdurst nach „Namen“ gern befriedigen, indem wir zugleich die Hoffnung aussprechen, daß unsre beiden Zeugen Warmherzigkeit üben werden und weder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch das „Berliner Tageblatt“, noch die andern Blätter wegen der an ihnen verübten Beleidigungen verklagen werden.

Das „Berliner Tageblatt“ kann alles, was es wünscht, erfahren von dem Hofmarschall des Kaisers v. Trautza und dem Burgenbauer des Kaisers, dem Restaurator der Hohlkönigsburg auf Reichslosten, **Edo Ehardt!** —

#### Deutsche Rechtszustände.

Die Kaufmanns Witwe Joppe und ihr Bräutigam Wichmann in Breslau beschwerten sich bei dem dortigen Polizeipräsidenten über einen Schuymann und behaupteten in der Beschwerde, der Schuymann habe versucht, die Frau zu vergewaltigen. Die Folge war eine Anklage gegen — die Beschwerdeführer wegen offensichtlich falscher Anschuldigung, während der Schuymann als Zeuge auftreten konnte. Zum Glück für die Angeklagten scheint indes der Schuymann noch nicht die berühmte Kaltblütigkeit besessen zu haben, die sonst gute Blätter an jugendlichen Schuyleuten namentlich dann zu entdecken pflegen, wenn die Angeklagte Arbeiter sind und die angebliche Straftat einen politischen Charakter hat.

Er gab unter dem Eideszwange ein so ungehörliches und unanständiges Benehmen gegen die Frau zu, daß die Strafkammer die Angeklagten von der Anklage der offensichtlich falschen Anschuldigung freisprach.

Doch damit ist der Fall noch nicht erledigt. Das Rechtsgefühl des Volkes würde im höchsten Grade erschüttert, wenn solche skandalösen Vorgänge ungeahnt blieben. Das fühlte auch der Gerichtshof und deshalb erkannte es Herrn Wichmann und Frau Joppe — der formellen Beleidigung des Schuymanns schuldig und verurteilte sie zu einer Geldstrafe. Das ist die Vergeltung für die Insulten, denen die Frau ausgesetzt gewesen ist und damit ist auch dem beleidigten Rechtsgefühl des Volkes Genüge geschehen. Es hätte ja noch besser kommen können, wenn der Herr Zeuge, den die Angeklagten in ihrer Beschwerdeschrift wahrscheinlich seinem Verhalten entsprechend benannt haben, kaltblütig genug gewesen wäre, die günstige Situation auszunutzen, in der er sich befand, und die Behauptungen der Angeklagten auch unter Eid zu bestreiten. Dann wäre die beleidigte Frau auch noch auf einige Monate ins Gefängnis spaziert. —

#### Deutschlands Kultur auf der Landstraße.

Bürgerliche Blätter berichten: „Dem Arzte Raditz wurde dem städtischen Krankenhaus zu Bittenberg ein bei Lammis dort aufgenommenem Bettler in einem unglücklich elenden Zustande der Verwahrlosung zugeführt. Der Mann heißt Steffen und ist erst unlängst aus der Korrektionsanstalt Zeitz entlassen. Das Gesicht war durch Venen- und Anschwellungen völlig entstellt, er war unfähig, sich fortzubewegen, da ihm vor einigen Jahren in Spandau beide Füße infolge Frostschadens amputiert worden sind und er sich nur auf den Weinsümpfen fortbewegen konnte, diese Stümpfe waren jetzt aus Mangel an Schuhwerk wund geworden und die Wunden waren von Maden durchsetzt.“

Man beachte, daß dieser Mensch ohne Füße erst vor kurzem aus dem Korrektionshause entlassen worden ist; man hat ihn also als arbeitsfähig behandelt und wollte ihn vermutlich bessern! Und nachdem man ihn „gebessert“ hat, wird der arbeitsunfähige und mittellose Mensch „entlassen“. Ja, hat denn niemand soviel Einsicht und soviel Gefühl gehabt, für eine geeignete Unterbringung dieses Unglücklichen zu sorgen, bevor er den Wärmern zur Deute fiel? Und was geschieht mit ihm, wenn seine Wunden im Krankenhaus geheilt werden? Wird er dann wieder entlassen?

Ich, was haben wir für eine glänzende Kultur! Erst wird der Mensch moralisch geheilt im Arbeitshause und dann wird er körperlich geheilt im Krankenhaus! Das ist soviel Christentum und Menschenliebe, daß wahrlich nichts weiter zu thun übrig bleibt! —

Die Aufteilung der Nationalsozialen. Die Auflösungskomodie der nationalsozialen Partei schreibt fort. Die Raumann und v. Gerlach retten sich zu der freimüthigen Vereinigung, einer hat sich zur Sozialdemokratie bekannt, andre stehen noch unentschieden und wollen nationalsozial bleiben. Auch die publizistische Vertretung schiebt in alle Winde. Die „Zeit“ geht ein, Herr Weinhausen tritt in die Redaktion der „Völkischen Nation“ und Herr v. Gerlach sagt man hat, daß er das „Berliner Tageblatt“ geistig zu heben versucht. Schließlich hat der Tod der „Partei“ auch noch einen Erfolg gebracht. In dem Augenblick, in dem sie erklärte, sterben zu wollen, erfüllte sich ihre süßeste Hoffnung, sie wurde regierungsfähig. Herr Dr. Korbach nämlich, der Mitverleger der „Zeit“, wurde zum Reichskommissar für Südwest-Afrika ernannt; vielleicht findet er dort die Vorbedingungen für die nationalsoziale Ablösung der Sozialdemokratie. —

Ein „Drohbrief eines Sozialisten“ machte vor einigen Tagen die Runde durch die ganze staatsbehaltende Presse, mit den nötigen dummen Redensarten über die „wahre Gefinnung“ der Sozialdemokratie versehen. Den Brief hatte ein beiläufiges Blättchen in Königsberg, die „Düpreussische Zeitung“, erhalten und veröffentlicht und die „Post“ hatte sich bereit, ihn der Masse der kleinen Amtsblatt-Presse mündgerecht zu servieren. Der Brief ist so thöricht, daß wir keinen Anlaß sahen, uns damit zu befassen.

Wer die Sozialdemokratie kennt, für den bedurfte es nicht erst aus diesem Anlasse der Feststellung, daß sie mit solchen Kinderreien nichts zu thun hat. Wenn wir die Sache jetzt erwähnen, so geschieht es, weil nunmehr der Beweis vorliegt, daß die „Düpreussische Zeitung“ den Brief wider besseres Wissen als den eines Sozialdemokraten ausgiebt. Der Briefschreiber, ein Herr Studerka, hat nämlich nicht nur unserm Königsberger Parteiblatt gleichfalls einen Brief geschrieben, der dem an die „Düpreussische Zeitung“ gerichteten gleichwertig ist, sondern er hat, wie er jetzt öffentlich erklärt, der „Düpreussischen Zeitung“ von vornherein mitgeteilt, daß er nicht Sozialdemokrat ist und sich als „unabhängigen Sozialisten“ bezeichnet. Es liegt also ein ganz gewöhnlicher Schwindel vor. —

Verleitung zum Aemterschacher. Durch Inserat in der „Sozialen Praxis“ bietet ein dipl. Ing. Chem. 1000 M. für denjenigen einflußreichen Persönlichkeit, die ihm „in dezenter Weise“ pensionberechtigte Anstellung beim Staate, einer Stadt, Berufsvereinschaft oder Gesellschaft vermittelt, und sichert auf Ehrenwort Discretion zu. Für den Verkehr zwischen dem Käufer und dem Vermittler ist das bezeichnende Stichwort „Protektion“ gewählt worden. Die „Soziale Praxis“, die als ein anständiges Blatt gilt, sollte solcher Korruption ihre Spalten nicht öffnen. —

Einem Citat. Als Befähigungsnachweis für den Ministerposten scheint gegenwärtig die Kunst, schlecht zu citieren, zu gelten. Das „Berliner Tageblatt“ behauptete neulich, daß die Ernennung des neuen Kriegsministers v. Einem dem — Genossen Zubeil zu verdanken sei. Es schreibt nämlich:

„Vielleicht hat Herrn v. Einem . . . nichts so sehr gefördert, wie das schlagfertige, humorvolle Citat, mit dem er eine den Angeordneten Jubel zudeckende Rede schloß, ein Citat aus einer Soldatenregimentszeitung: „Loh! es genug sein, Seni, komm herab! Der Tag bricht an, und Mars regiert die Stunde.“ —

Wenn Herr v. Einem wegen des Citats aus Wallenstein zum Minister befördert wurde, so scheint der neue Stellvertreter des Kriegsgottes Mars, der die nächste Stunde regiert, ein Waffennieder-Minister zu sein. Denn Wallenstein sagt sein Gespräch mit Seni wie folgt:

„Und beide Segenssterne, Jupiter und Venus, nehmen den verderblichen Den tückischen Mars in ihre Mitte, zwingen Den alten Schadenslistler mir zu dienen.“ —

Die Soldatenschiedereien des Unteroffiziers Breitenbach, über die wir gestern berichteten, werden auch noch das Ober-Kriegsgericht beschäftigen, da sowohl der Gerichtsherr wie der Angeklagte Verurteilung eingeleitet haben. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß der Verteidiger des Angeklagten, der Rechtsanwalt Ulrich, den Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer des Verfahrens beantragt hatte. Das Gericht lehnte den Antrag jedoch ab mit der Begründung, daß nicht der geringste Anlaß zum Ausschluß der Öffentlichkeit vorliege. —

Soldatenschiederei durch einen Offizier. Das Kriegsgericht der 7. Division in Ulm verurteilte am Dienstag den 25. Jahre alten Lieutenant Karl Raumann von der 5. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 180 wegen Anstiftung eines Untergebenen zur Mißhandlung, Mißhandlung von Untergebenen mit vorchriftswidriger Behandlung in zwei Fällen, eines weiteren fortgesetzten Vergehens der vorchriftswidrigen Behandlung von Untergebenen und sieben Vergehens der Beleidigung zu sechs Wochen verhörsfitem Stubenarrest (1!). Der Vertreter der Anklage hatte vier Monate Gefängnis und Dienstentlassung beantragt. Wie durch die Hauptverhandlung, zu der 22 Zeugen geladen waren, festgestellt wurde, erstreckten sich sämtliche Verfehlungen Raumanns, der seit dem Jahre 1899 Lieutenant ist, auf die Rekruten-Ausbildungsperiode 1902/03. Kurz vor Weihnachten ließ Raumann auf dem „Schwörzer“, dem Gmünder Gezierplatz, den Musiketier Keller hinter dem Musiketier Hause hermarschieren, weil dieser beim Einzelmarsch die Weine nicht hoch genug schlenkerte. Raude wurde dadurch bei fast jedem Schritt von Keller in die Kniee gehlen und an die Waden getroffen und hatte mehrere Tage einen geschwollenen Fuß. Das Gericht nahm hier nur einen minder schweren Fall an. Keller bezugte des weiteren, er habe die gleiche Prozedur auch noch bei einem anderen Rekruten vornehmen müssen. Da aber der Betreffende hiervon nichts wissen wollte, so erkannte das Gericht auf Freisprechung. Im Januar oder Februar befahl Raumann dem Musiketier Kell bei einer Uebung im Gelände, sich in eine Pfütze zu legen. Der durchnähte Soldat mußte dann noch „Gewebr pumpen“, um sich zu „erwärmen“. Auch hier wurde keine Mißhandlung, sondern nur ein minder schwerer (!) Fall von vorchriftswidriger Behandlung angenommen. Bei der Inspektion, zu der die Rekruten einmal im Helm antreten mußten, rief Raumann eine Anzahl Leute dergestalt an den Ausrümen, daß teilweise die Ausrüden und der Helm selbst herunterfielen. Auch hier wurde nur eine fortgesetzte vorchriftswidrige Behandlung angenommen. Zu den Leuten, die so „liebvol“ behandelt wurden, gehörten auch die Rekruten Gmelin und Kenz, die bei einer andern Gelegenheit von dem Angeklagten Schläge ins Gesicht erhalten hatten. Hier nahm das Gericht Mißhandlung in Verbindung mit vorchriftswidriger Behandlung an. Endlich wurde eine Anzahl Leute noch mit Ausdrücken wie „Stafetenfehen“, „Laudebülle“, „trumme Hugel“, „Doh“ und „Dadel“ belegt. Raude, der schon im Gefängnis gewesen hat, erhielt die Kosenamen „Gefängnis-Direktor“, „Gefängnis-“ und „Nachhaus-Standart“. Das Gericht hielt dem Angeklagten seine gute Führung, sein jugendliches Alter, seine nervöse Stimmung wegen müßiger Familienverhältnisse und den Umstand zu gute, daß sich keiner der Leute beschwert hat. Die sämtlichen Verfehlungen Raumanns wären nicht an den Tag gekommen, wenn nicht Raude, der kürzlich wegen Fahnenflucht und andrer Delikte zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, einen Brief an seine Angehörigen gerichtet hätte, in dem er bemerkte, er und seine Kameraden würden wie Hunde von Raumann herumgejagt.

Das ist nun binnen wenigen Monaten der dritte Fall, wo mißhandelnde Offiziere mit etwas Stubenarrest davonkommen; wer soll da glauben, daß die Mißhandlungen im Heere Entrüstung hervorrufer. —

Sozialdemokratische Bürgermeister. Aus Baden schreibt man uns vom 19. August:

Eine natürliche Folge der immer weiteren Ausbreitung der sozialistischen Ideen war es, daß unsre Parteigenossen in den badischen Ortsgemeinden, in denen die Wahl der Bürgermeister auf direktem Wege erfolgt (es sind dies die Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern), auch die Stelle des Ortsvorstehers der Gemeinde da und dort mit Leuten ihrer eignen Gefinnung zu besetzen vermochten. Einer der ersten dieser sozialdemokratischen Bürgermeister war der der Gemeinde Ispringen bei Forzheim, wo unsre Parteigenossen vor einigen Monaten bei den Wahlen siegreich blieben. Vor einigen Tagen nun legte der Neugewählte — Haug ist sein Name — sein Amt nieder und stieg war die bürgerliche Presse mit allerhand Betrachtungen über „sozialdemokratische Unfähigkeit“ usw. zur Hand. Thatsächlich liegen die Dinge jedoch so, daß Haug deswegen seinen Posten quittierte, weil ihm die unterlegenen Gegner in der Gemeindeverwaltung die gemeinsten Chikanen bereiteten und vor den niedrigsten Ragnationen nicht zurückstreckten, um ihm sein Amt zu vereiteln. Haug, ein ruhiger, friedliebender Mann, der noch manntliche Beziehungen zu bürgerlichen Kreisen hatte, nahm sich das alles so sehr zu Herzen, daß er sein Mandat seinen Parteifreunden mit deren Zustimmung zurückgab. Nun glaubten die bürgerlichen Parteien im Orte den Zeitpunkt gekommen, der „sozialistischen Herrschaft“ ein Ende zu bereiten und allenthalben im Lande prophezeiten die „staatsbehaltenden“ Blätter die unvermeidliche Niederlage der Sozialdemokratie, bei der Neuwahl des Ispringer Bürgermeisters. Wie sehr sie sich hierin getäuscht und wie wenig ihre Erwartung, die Abdankung Haugs werde am Ort einen Rückschlag unsrer Bewegung zur Folge haben, zutreffend war, das zeigte die am Dienstag vorgenommene Wahl. Mit 170 gegen nur 83 Stimmen, einer gegenüber der



Gaugschen Wahl weit größeren Mehrheit, wurde der neue Kandidat der Socialdemokratie, unser Parteigenosse Benz, zum Bürgermeister gewählt. Benz ist der Mann, um in die verworrenen Verhältnisse der Gemeinde Ordnung zu bringen.

## Ausland.

### Ostreich-Ungarn.

Wie in Ungarn Streikende behandelt werden. Am 16. d. M. ist auf dem Gute des Millionärs Lazarus Dunjerski in der Nähe von Groß-Becskerek ein Schmittstreik ausgebrochen, weil den Schmittern der verlangte höhere Lohn nicht bewilligt wurde. Da die Schmittler darob in große Erregung gerieten und die Beamten der Gutsverwaltung sich bedroht fühlten, erholten sie Militär zur Herstellung der Ruhe. Die sofort vom Oberstaatsrichter gegen die „renitenten“ Schmittler eingeleitete Untersuchung endete damit, daß 30 „Mädelsführer“ zu je 30 Tagen Arrest verurteilt wurden.

### Schweiz.

Kapitalistische Wohlthätigkeit. Zürich, 18. August. (Fig. Ver.) Die kapitalistische Wohlthätigkeit ist unter Beibringung charakteristischer Thatsachen in der socialdemokratischen Presse schon oft gekennzeichnet worden. Einen weiteren Beitrag lieferte jüngst der Kanton Argau. Dort starb in der Kantonshauptstadt Aarau ein Zahnarzt, der testamentarisch 8000 Fr. zu wohlthätigen Zwecken vermacht hatte. Dafür wurde natürlich der „edle“ Spender in der bürgerlichen Presse betrieblühend und das gute Herz des Verewigten gefeiert. Weniger sentimental war der Fiskus. Er sah sich das hinterlassene Erbe etwas näher an und da entdeckte er nun, daß der so gefeierte „edle Wohlthäter der Menschheit“ nicht weniger als 330 000 Fr. hinterlassen zu Lebzeiten aber nur den zehnten Teil davon, nämlich bloß 30 000 Fr., versteuert hatte. Das Ende war die Dekretierung einer Nachsteuer von ca. 45 000 Fr. an den Staat und von 25 000 Fr. an die Gemeinde. Der reiche Steuerbetreiber hatte durch die „wohlthätige Spende“ von 8000 Fr. Staat und Gemeinde bestechen wollen, damit sie sich seine Hinterlassenschaft nicht näher anfähen. —

### Spanien.

Streikunruhen. Wie aus Barcelona gemeldet wird, soll dort in der San Pedro-Straße nahe bei einem Hause eine Bombe mit Zündschnur gefunden worden sein. — Der Zustand der Wäcker in Neus hat einen sehr beunruhigenden Charakter angenommen. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen mehrfach Schüsse abgegeben wurden. Zahlreiche Ausschüßte sind verhaftet worden.

### England.

Der britische Handelskammertongress zu Montreal. Das „Reutersche Bureau“ veröffentlicht weitere telegraphische Mitteilungen über die Beschlüsse des von 178 kaufmännischen Korporationen besandten fünften britischen Handelskammertongresses, der seit dem 17. d. M. in Montreal (Kanada) tagt. Danach stellt die in gestriger Nummer unseres Blattes erwähnte Resolution, welche eine auf wechselseitigem Nutzen der britischen Reichsteile begründete Handelspolitik empfiehlt, einen Kompromißbescheid dar, den eine Spezialkommission gefaßt hatte, die mit der Prüfung der verschiedenen auf dem Kongresse über diese Frage eingebrachten Resolutionen beauftragt war. Ueber diese Resolution entspann sich gestern eine lange Debatte, und bei ihrer heutigen Fortführung stellte sich heraus, daß die Delegierten aus Manchester dem Kompromiß nicht zustimmten, da sie einen Zusatz wünschten, wonach auf die finanziellen und industriellen Bedürfnisse der einzelnen Teile des britischen Reiches gebührende Rücksicht genommen und eine Verletzung dieser Interessen vermieden werden solle, während es in der Kompromißfassung lediglich hieß, daß auf die finanziellen Bedürfnisse der einzelnen Teile des Reiches gebührende Rücksicht genommen werden solle. Der Antragsteller erklärte, die Kanadier seien bereits auf dem Wege des Kompromisses so weit gegangen, als sie nur konnten, und nachdem die Kommission nochmals zusammengesetzt war, erklärte der Führer der kanadischen Delegierten, sie lehten es rundweg ab, auch nur ein Wort der Kompromißfassung abzuändern. Einer der Delegierten aus Manchester kündigte darauf an, daß er beabsichtige, die beantragten Änderungen in Form eines Amendements vorzuschlagen.

Im Laufe der Debatte erklärte der Vertreter der Handelskammer von Plymouth, diese Handelskammer sei gegen eine Besteuerung der Lebensmittel und der Rohstoffe und sei gegen, daß die 41 Millionen Engländer zu Gunsten von 10 Millionen in den Kolonien mit Abgaben belastet würden. Die Debatte über die Resolution wurde auch heute noch nicht zu Ende geführt und die Fortsetzung wiederum vertagt, um die Kommission in den Stand zu setzen, die entstandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

### Rußland.

Zum Streik in Kiew. Wie der Petersburger Korrespondent des „Berl. Tageblatts“ berichtet, soll bei den Streikunruhen in Kiew das zum Vorgehen gegen die Ausständigen kommandierte Militär zum Teil den Gehorsam verweigert haben. Als nämlich der Platzkommandant von Kiew den gegen die Bahnarbeiter aufmarschirten Compagnien „Feuer“ kommandierte, trat einer der Offiziere vor seine Compagnie und verbot ihr zu schießen. Ein Lump ist ein jeder von Euch, der es wagt, auf seine hungernden Brüder zu schießen. Diese oder ähnliche Worte soll er den Soldaten zugerufen haben, die das Schießen auf die Arbeiter dann auch unterließen, wodurch sich die ungemein geringe Zahl an Toten erklären läßt. Anfangs begriff der Platzkommandant nicht recht, was bei der einen Compagnie eigentlich vorging, doch wurde es ihm bald klar, als er herantritt und die aufrührerische Rede des Offiziers an seine Kameraden hörte.

Der Offizier wurde sofort verhaftet und nach Petersburg gebracht, wo der Kriegsminister dem Jaren über den ganzen Vorfalle eingehenden Bericht erstattete. Das Schicksal des Offiziers ist natürlich besiegelt. Er wird vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen werden; auch der Compagnie droht Strafe; außerdem soll sie aufgelöst und die Soldaten in verschiedene Regimenter verteilt werden.

Der ganze Vorfalle soll sowohl bei Hofe wie in militärischen Kreisen einen sehr unangenehmen und nicht zu sagen niederschlagenden Eindruck gemacht haben. Man spricht davon, daß im Kriegsministerium die Absicht vorliegen soll, eine Anzahl von Geheimpolitisten in die im Westgebiete stationierten Regimenter abzulommandieren, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen, wie weit die Propaganda dort Wurzel gefaßt hat, da dieser Vorfalle nicht ganz vereinzelt dasteht und in letzter Zeit das Karlsruher von revolutionären Flugchriften unter dem Militär bemerkt worden ist. —

Die Lage im Odesaer Streikgebiet. Nach einem vom „Bureau Laffan“ im Auszuge übermittelten russischen Bericht des Londoner „Standard“ hat die vom Direktor des Petersburger Polizeidepartements Lopuchin in Odesa geführte Untersuchung zur Verhaftung von 173 politisch verdächtigen Personen in dieser Stadt geführt. Die Geheimpolizei hat, wie offiziös verlautet, die Verfasser der in Südrussland verbreiteten revolutionären Aufreize entdeckt und festgenommen. Alle größeren Städte in Südrussland sind jetzt buchstäblich von Polizeikommissionen überdeckt, und nach Mitteilungen aus glaubwürdiger privater Quelle ist kaum daran zu zweifeln, daß zahlreiche Personen auf falsche Anschuldigungen hin verhaftet worden sind.

Trotz dieser Polizeimaßregeln dehnt sich die Arbeiterbewegung immer weiter aus. Die arbeitenden Klassen werden unruhig, und politische Agitatoren machen sich den günstigen Zeitpunkt zu nutze, um revolutionäre Ideen unter den Massen zu verbreiten. Die kürzlich in verschiedenen Teilen des Reiches vorgekommenen Unruhen haben die Arbeiter erkennen lassen, was für eine Macht sie durch Organisation und Zusammenhalt werden könnten, und thätig sind auch bereits Gerüchte im Umlauf, daß im kommenden Jahre eineinhalb Millionen Arbeiter in Südrussland auf Verabredung in den Ausstand treten werden. In den letzten Tagen wurden zahlreiche in Geheim-

brudereien hergestellte Flugblätter verbreitet, in denen ein solcher Streik angekündigt wird.

Angesichts dieser Gärung unter der Arbeiterbevölkerung muß man dem Umstände besondere Beachtung schenken, daß bei den Disziplinarverwaltungen und den Garnisonkommandanten eine starke Abneigung gegen die Heranziehung der Eintruppen zu Polizeizwecken besteht, da, wie sich mehrfach herausgestellt hat, in solchen Fällen auf die Disziplin der Mannschaften kein Verlaß ist. Aus diesem Grunde wurden während der letzten Unruhen auch ausschließlich Kosaken herangezogen, wenn scharfe Unterdrückungsmaßregeln gegen die sogenannten Aufreißer in Anwendung kamen.

Die Behörden sind sich wohl bewußt, welche unheilvollen Folgen es haben könnte, falls die Soldaten bei dem Befehl, auf das Volk zu schießen, den Gehorsam verweigern sollten. Es ist noch in Erinnerung, daß bei den vorjährigen Aufreißungen in den Gouvernements Charkow und Poltawa die Infanterie auf den wiederholten Befehl, auf die Handwerker und Landleute zu feuern, die sich zusammengerottet hatten, den Gehorsam verweigerte, und zwar mit der Begründung, daß sich unter der Menge Frauen befänden. Das „unterirdische Rußland“, so sagt der Bericht des „Standard“, nähert sich immer mehr dem Zustande eines gefährlichen Willens. Sollte Rußland in einen großen langwierigen Krieg verwickelt werden, so dürften ihm furchtbare innere Zudungen nicht erspart bleiben. —

### Amerika.

Zu der Streiffrage zwischen Venezuela und den Mächten bezüglich des Vorrangsrechts auf 30 Prozent der venezolanischen Pöleinnaht hat der russische Kaiser, wie aus dem Haag gemeldet wird, folgende Schiedsrichter ernannt: Prof. Dr. Ripen, Professor der Universität in Kopenhagen, den russischen Justizminister Kurawjew und Dr. C. Karby, schweizerischer Gesandter in Paris, sämtlich Mitglieder des ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes. Der Schiedsspruch soll innerhalb 6 Monaten nach der ersten Zusammenkunft des Schiedsgerichts gefällt werden, welche am 1. September stattgefunden wird.

## Partei-Nachrichten.

Eine Wahlkreis-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Westpreignitz fand in Wittenberge, der größten Stadt dieses Wahlkreises, statt. Die Konferenz war von 25 Delegierten besucht. Außerdem waren anwesend der Reichstags-Kandidat Dr. Wehl, das Reichstags-Wahlkomitee, Genosse L a u l a n t von der Agitationskommission, zwei Vertreter des 6. Berliner Wahlkreises und ein Vertreter der „Brandenburger Zeitung“.

Zu Kreise ist im abgelaufenen Jahre eine recht rege Agitation entfaltet worden. Es gelang, den Freisinn bei der Hauptwahl aus der zweiten Stelle zu verdrängen; da die Freisinnigen sich bei der Stichwahl jedoch zu den Konservativen schlugen, gelang die Eroberung des Mandates nicht.

Es sind 20 000 Flugblätter und 10 000 Kalender verbreitet worden. Versammlungslokale fanden im Anfang der Wahlbewegung gar nicht zur Verfügung, jetzt ist in Wittenberge die Centralhalle wieder für unsere Zwecke zu haben. Ein Wahlverein besteht nur in Wittenberge. An Einnahmen hatte die Kreisliste 2101,11 M., an Ausgaben 2008,33 M., so daß ein Ueberschuß von 92,78 M. verbleibt.

Unter: „Agitation, Organisation und Presse“ stellte der Vertreter der Berliner Agitationskommission den Antrag, der Kreis solle künftig für die Nummer und das Exemplar der „Fadel“ 2 Pf. zahlen, was ohne lange Diskussion angenommen wird. Ueber die Organisationsform entspann sich eine längere Auseinandersetzung, in der einige Delegierte für die Städte die feste Organisation, während andere Parteigenossen wieder die lose Organisation wünschten. Man einigte sich schließlich auf ein Organisationsstatut, wonach im Kreise das Vertrauensmännerstern durchzuführen ist. An der Spitze der Vertrauenspersonen steht der Kreisvertrauensmann, welcher die Aufgabe hat, die Partei-Angelegenheiten des Kreises, sowie die Agitation in demselben zu leiten. Die Wahl desselben sowie eines Erfahrmannes findet in der Kreis-Konferenz statt. Zur Förderung der Agitation ist der Kreis in mehrere Distrikte zu teilen und ist die Wägung derselben dem Kreisvertrauensmann und dem Kreiswahlkomitee zu überweisen. An der Spitze eines jeden Distrikts steht der Distriktsvertrauensmann oder Vorsitzende des Distrikts-Wahlvereins. Diese haben die Pflicht, dem Kreisvertrauensmann alle Vierteljahre einen Bericht zu geben. Alljährlich findet eine ordentliche Kreis-Konferenz statt. Dieselbe muß vor der regelmäßigen Provinzial-Konferenz einberufen werden. In derselben haben der Kreisvertrauensmann über seine Thätigkeit, sowie die Revisoren Bericht zu erstatten. Die Kreis-Konferenz erteilt dem Kreisvertrauensmann Delegation. Sie wählt den Kreisvertrauensmann und dessen Stellvertreter, die Delegierten zur Provinzial-Konferenz, zu Parteitagungen und den Kandidaten des Kreises.

Sodann referierte Genosse Dr. Wehl über das Thema: „Was lehrt uns die verfloßene Reichstagswahl?“ Vorab bespricht Referent die jetzt im Parteileben auf der Tagesordnung stehende „Präsidentenfrage“. Er ist der Meinung, daß unsere Fraktion auf den Vicepräsidentenanspruch habe, die Partei sei es aber ihren republikanischen Anschauungen schuldig, daß sie nicht zu Hofe gehe. Die Frage wäre im übrigen recht unbedeutend. — Zur eben beendeten Reichstagswahl übergehend, äußert der Redner seine Genugthuung über den schönen Erfolg, der im Kreise durch eine unermüdete Agitation erreicht worden wäre. Die Agitation sei von den führenden Genossen mit Geduld und Eifer betrieben worden, lasse im allgemeinen aber doch noch zu wünschen übrig. Nicht fühlbar hat sich der Lokalmangel bemerkbar gemacht und vielfach nur in gegnerischen Versammlungen, in der Diskussion, habe die socialdemokratische Partei zeigen können, daß sie auch auf dem Plage sei. Das platte Land müsse von den einzelnen Städten aus und immer von ein und denselben Parteigenossen, die mit den Landleuten Fühlung nehmen und sich bekannt machen, bearbeitet werden. Auch in der Verbreitung der Parteipresse muß mehr geschehen, die „Fadel“ für die Landleute, die „Brandenburger Zeitung“ für die Städte. Häufig macht man bei der Agitation für die Presse die Erfahrung, daß die Frauen sich dem Lesen unserer Presse widersetzen. Eine Besserung hierin könne man dadurch erwarten, daß für den Kreis jetzt eine Vertrauensperson ernannt sei, die ihres Amtes mit Fleiß waltet und auf diesen Umstand ihr ganz besonderes Augenmerk richtet wird.

Als Kandidat wird Genosse Dr. Wehl wiedergewählt. — Zum Kreisvertrauensmann wird Genosse H e r n o w s k i, Wittenberge, Badhofstraße 10, als sein Stellvertreter Genosse W u l f ernannt. — Zur Provinzial-Konferenz werden die Genossen H ö s t e l, G e r h a r d t und der Kreisvertrauensmann delegiert. — Das Parteitagmandat wird einem Genossen des 6. Berliner Wahlkreises übertragen.

Zum Parteitage beschlossen die Parteigenossen von Frankfurt am Main folgende Anträge:

„Den Parteivorstand aufzufordern, Verhandlungen zu versuchen, durch welche die bestehenden Monats-, Halbmonats- und Wochenschriften unserer Partei (Neue Zeit, Socialistische Monatshefte, Kommunale Praxis und das angelegentlich Braunschweigische Wochenblatt) vereinigt und zu einer großen, vielseitigen Zeitschrift über alle Strömungen und Bestrebungen unserer Partei zu möglichst billigem Preise ausgebaut werden.“

„Auf dem Parteitage eine energische Kundgebung gegen die Unruhen wider das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichstage zu veranstalten.“

„Den Parteivorstand zu ersuchen, während der Tagung des Parteitages eine Konferenz der preussischen Delegierten zu veranstalten, welche einen Meinungsaustausch über die bevorstehenden Landtagswahlen vermitteln soll.“

Zum Bericht des Parteivorstandes, soweit er sich mit dem Wachstum der Parteipresse beschäftigt, bemerkt die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund:

„Wir können unser sehr lebhaftes Befremden darüber nicht unterdrücken, daß in diesem Passus die Entwicklung unseres Blattes, der „Arbeiterzeitung“ für das rheinisch-westfälische Industriegebiet auch nicht mit einer Silbe erwähnt wird. Und doch übertrifft die Entwicklung gerade unseres Blattes die der anderen Parteiblätter noch bei weitem. Als Anfang Oktober vorigen Jahres die Umgestaltung unserer Zeitung vorgenommen wurde, hatten wir 7800 Abonnenten. Zum gleichen Verbreitungsbezirk beläuft sich heute unsere Leserzahl auf 20 000, das bedeutet eine Steigerung von über 150 Prozent. Steigerungen von 2000 Abonnenten werden — mit Recht — schon lobend hervorgehoben, unsere Zeitung, rund 12 000 Abonnenten, wird keines noch so armenhaftes Wertes der Anerkennung gewürdigt. Auch über die Errichtung unseres eigenen Heimes wird kein Wort gesagt, während die Schaffung eigener Druckereien bei anderen Parteiblättern ausdrücklich hervorgehoben wird. In der gleichen Verdamnis wie wir scheinen sich übrigens unsere Bodamer Genossen zu befinden — auch über ihre anerkanntwertigen Leistungen im Zeitungswesen geht der Vorstandsbericht stillschweigend hinweg.“

Einen recht günstigen Erfolg haben die Magdeburger Parteigenossen bei den Reichstagswahlen auch in finanzieller Hinsicht erreicht. Die letzte Verammlung des Socialdemokratischen Vereins für Magdeburg war in der angenehmen Lage, der Parteikasse in Berlin 3000 Mark als Ueberschuß von der Wahlrechnung zu überweisen.

Ueber eine Parteiversammlung in Karlsruhe brachten wir in Nr. 150 des „Vorwärts“ nach einem Bericht des „Volkstreuend“ eine Mitteilung, in der auch aus der Rede des Genossen Sauer einiges erwähnt ist. Genosse Sauer ersucht uns um folgende Nachbesserung: Er habe nicht gesagt, die Parteigenossen in Karlsruhe, welche die Ansichts Kolbs teilen, seien in der Minderheit. Er habe auch nicht gesagt, im „Volkstreuend“ werde, seit Kolb die Redaktion leite, jede andre Meinung unterdrückt, sondern er habe ausgeführt, daß der „Volkstreuend“ über große Versammlungen, deren Mehrheit anderer Meinung war wie Kolb, nicht berichtet habe. Ferner schreibt Genosse Sauer, er habe nicht gesagt, die Mehrheit der deutschen Parteigenossen wolle von einer socialdemokratischen Präsidentschaft nichts wissen. Er habe vielmehr ausgeführt, durch die breite Erörterung dieser Frage würden die Genossen von wichtigen Dingen abgelenkt. Er selbst (Sauer) sei nicht gegen die Forderung, den Vicepräsidentenposten zu besetzen, die Sache scheine ihm aber zu unwichtig. Bezüglich der Münchener Versammlung habe er nur erklärt, daß eine Versammlung, in der nur eine Meinung zum Ausdruck kommt, nicht als ein allgemeines Urteil aufgefacht werden könne.

## Der Prozeß Humbert.

Neunter Verhandlungstag.

Paris, 19. August.

Voller als je ist der Schwurgerichtssaal; besonders die Estrade, die den Richtern und Advokaten zugänglich ist, weist eine größere Zuhörerschaft aus den Kreisen höherer Justizbeamten und Angehöriger des Anwaltsstandes auf. Gilt es doch zu hören, wie Labori sich zu dem berühmten „großen Geheimnis“ der Humberts stellen wird. Und allgemein hört man die Frage: Wird auch Labori das Borgehandeln der Crawfords und der Millionäre bestätigen?

Die Ungeduld der Zuhörer wird jedoch zunächst nochmals auf eine lange Probe gestellt, denn der

Generalprokurator Blondel

spricht noch volle drei Stunden. Herr Blondel geht noch einmal auf die Fälschungen ein, die die Daurignacs zweifellos durch ihre Unterschriften unter die Vollmachten für den Rotar Dupuy in Bonome begangen hätten, denn die Anklage hält an den Auslagen der belastenden drei Schreibschaffverständigen fest und bleibt bei der Ansicht, daß

Romain und Emile Daurignac die Rolle der Crawfords gespielt haben.

Der Staatsanwalt bedauert, daß so viele der Geldlieber sich nicht genannt hätten, um zu dem Schaden nicht auch noch den Spott zu haben.

Bei der Schilderung der Verhältnisse der Rente Viagère, zu der der Vertreter der Anklage dann übergeht, sind weniger die geschäftlichen Manipulationen, die ja alle bekannt sind, als die kleinen persönlichen Momente interessant, die Herr Blondel sehr geschickt hineinmischt. Er spricht zur allgemeinen Erheiterung von den zahlreichen Liebchaften Romain's, über die er mehr als genau bis in die kleinsten Details unterrichtet scheint, er nennt Romain zu dessen eigener schätzbare Freude einen großen Abenteuerer und Spigbuben — Romain quittiert mit einer dankenden Verbeugung für diese staatsanwaltlichen Liebenswürdigkeiten — er erklärt, daß Emile Daurignac zwar weniger belastet, aber nichtdestoweniger auch ein für die Schwindelbeiden der Familie haftbar zu machender Gainer sei; er spricht von den ungeheuren Toilettenausgaben der Frau Therese, die mehr dem 80 000 Frank im Jahre betragen hätten; er verliest sogar intime Toilettenrechnungen mit einem gewissen Schmuzeln und Dehagen, er hebt schließlich die bedeutende Intelligenz Therese's rühmend und doch zugleich anklagend hervor und nennt die Höhe ihr Lebenselement und ein unermeßliches Vermögen ihr heißestes Sehnen. Zum Schluß hält Herr Blondel die Anklage gegen die Humberts in vollem Umfange aufrecht und appelliert an den Gerechtigkeitssinn der Geschworenen. Er beantragt, gegen alle vier Angeklagte auf die höchstzulässige Strafe zu erkennen. (Weißäugiges Murmeln im Zuschauerraum.)

Unter Totenstille des Saales ergreift dann

Rechtsanwalt Labori

das Wort zu seinem Plaidoyer. Er spricht ruhig und beginnt zunächst unter allergrößter Spannung über

das Geheimnis der Humberts

zu reden. Er knüpft dabei an seine bekannten Worte an: „Die Crawfords existieren und die Millionen existieren.“ Genieh habe Frau Humbert ihm das „grauigliche Geheimnis“ der Familie enthüllt; er selbst sei aufs tiefste davon betroffen worden und habe die Zurückhaltung Therese's, die die Aufdeckung erst im letzten Moment, wenn sie keine andre Rettung mehr sah, erfolgen lassen wolle, in jeder Hinsicht verstanden. Deshalb läge es auch völlig außer seiner Macht, selbst etwas Näheres über dies Geheimnis zu sagen, zumal da auch Therese sich den Zeitpunkt der Enthüllung vorbehalten habe. „Therese durfte mir auch nicht erlauben, davon zu sprechen, denn dazu ist die Sache viel zu ernst und heikel.“ Labori spricht in rätselhaften Worten von einer einem jeden Patrioten tief verhafteten Person, deren Name vielleicht durch die Enthüllungen Therese's in die Debatte getrieben und einen völligen Umschwung, aber auch einen Entrüstungst Sturm heraufbeschwören würde. „Nimmlich kann“ — so schließt Labori seine Einleitung — „ein vernünftiger Mensch die ganze Erbschaftsgeschichte für einen völlig aus dem Stegreif erfundenen Schwindel halten, denn ihn zu erschaffen und aufzubauen, dazu gehört die Phantasie eines Balzac und Therese besitze diese nicht.“

Labori ist jedoch zu vorsichtig, um sich mit seiner Erklärung über das Geheimnis Therese's festzuliegen. Drum öffnet er sich rasch noch ein Hintertürchen und erklärt, daß er das Geheimnis nicht habe preisen können und auch nicht für die Richtigkeit desselben die Garantie übernehmen könne und wolle. Auch habe er keinerlei Recht, in Therese zu bringen, es preiszugeben, sondern er halte es direkt für seine Schuldigkeit als Verteidiger, falls es irgend in seiner Macht läge, die Offenbarung mit allen Mitteln zu verhindern und sie überflüssig zu machen.

Labori nennt dann die Behauptungen der Anklage, wie sie sich nach dem Plaidoyer darstellen,

fälsche Kombinationen,

denen jeder Schein der Verächtigung fehle. Es sei nicht Pflicht der Humberts, der Justiz nachzuweisen, daß die Millionen thätiglich vorhanden sind oder waren, sondern die Staatsanwaltschaft hat nachzuweisen, daß diese Millionen nicht existiert haben. Und dieser







Das Wahlergebnis.

Der Parteitag wird sich unter allen Umständen mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen beschäftigen, gleichviel, ob der Gegenstand besonders angeht oder ob er unter andern Punkten der Tagesordnung mit behandelt wird.

Das Folgende soll ein Versuch sein, diesen Erörterungen eine Grundlage und einen Ausgangspunkt zu schaffen.

Unsre Stimmzahlen

Table with columns: German Reich, Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Provinz Posen, Provinz Sachsen, Rheinprovinz u. Hohenzollern, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringisch-Kleinstaaten, Hansestädte, Elsaß-Lothringen. Rows show percentage of votes for 1898, 1900, and 1902.

Es ergibt sich aus den Zahlenreihen, daß unsre Wahlerfolge in den verschiedenen Landesstellen fast von einander abweichen. Eine eingehende Diskussion auf dem Parteitage zur Klärung über die besonderen Umstände, die in diesem oder jenem Bezirk vorwalten und die Erklärung für den größeren oder geringeren Fortschritt bieten, wäre recht erwünscht.

nahe kommen, und auch hier ist die prozentuale Eigenvermehrung unsrer Stimmen größer wie in Sachsen. Da hier eine ungewöhnlich rasche Zunahme der Wähler zu verzeichnen ist, so ist sogar, wenn man der Agitation den erheblichsten Einfluß auf die Gewinnung der Wähler zuschreiben darf, der Erfolg in den sehr volkreichen Bezirken Düsseldorf und Arnberg noch höher zu veranschlagen, wie der in Sachsen.

Berlin kommt den sächsischen Fortschritten nahe, doch ist immerhin eine merkbare Differenz vorhanden, wobei man jedoch nicht übersehen darf, daß die Wahlkreise Nieder-Barnim und Teltow-Deeslow einen großen Teil der Berliner Arbeitermassen auffangen; der Einfluß dieser beiden Kreise ist so stark, daß damit nicht nur der Regierungsbezirk Potsdam, sondern selbst die ganze Provinz Brandenburg Berlin zu überflügeln scheint in unsren Fortschritten.

Sehr ungünstig ist auch Oberschlesien. Wir vermehrten unsre Stimmzahlen nur ganz wenig, unser Anteil an der Gesamtstimmzahl ging sogar infolge härterer, jedenfalls der großpolitischen Bewegung geschuldbeter Wahlbeteiligung wesentlich zurück.

In Bayern stieg zwar unsre Stimmzahl prozentual noch stärker wie in Sachsen, doch ist unser Anteil an der Gesamtstimmzahl nicht allzubiel stärker geworden, wemgleich ein Fortschreiten unumkehrbar ist. Die besten Fortschritte hat hier auf auffälliger Weise Altbayern gemacht, selbst wenn man Pfälzern für sich betrachtet.

Die thüringischen Kleinstaaten drangen weniger vor wie die norddeutschen, welche sogar die Hansestädte überflügelt hätten, wenn sie nicht mit erheblich stärkerer Stimmzunahme zu rechnen gehabt hätten.

Die Hansestädte haben ihren Anteil an der Gesamtstimmzahl mehr verliert wie das im Reichsdurchschnitt der Fall ist, doch danken sie das mehr einer geringeren Zunahme der Abstimmenden. In Schleswig-Holstein haben die drei Kreise Ostern, Kiel und Altona geringere Fortschritte gemacht wie die übrigen Teile der Provinz.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1902.

Schon im vergangenen Frühjahr konnte auf Grund der Berichte einer Anzahl gewerkschaftlicher Centralverbände die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß diese Organisationen trotz des noch nicht überwundenen wirtschaftlichen Niederganges eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern, eine zum Teil bedeutende Stärkung ihrer Kassen, mit einem Wort: eine Festigung und Kräftigung in jeder Hinsicht zu verzeichnen hatten.

bearbeitete Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1902, aus der wir im Nachfolgenden das wesentlichste mitteilen:

Die Mitgliederzahl stieg von 877 510 im Jahre 1901 auf 733 206 im Jahre 1902. Das ist eine Zunahme von 55 606 oder 8,2 Proz. Es sind allerdings im Jahre 1902 drei Verbände in der Statistik neugeführt, doch ist die erfreuliche Mitgliederzunahme nur zum geringen Teil auf den Zutritt dieser Organisationen zurückzuführen.

Die Mitgliederzunahme ist allerdings nicht in allen Centralverbänden zu verzeichnen, sondern 16 Verbände haben eine Abnahme von Mitgliedern, die zwar zum Teil nur gering, aber doch recht bedauerlich ist. Von einem Mitgliederverlust wurden betroffen: Barbieri, Bauarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Formsticker, Gärtner, Glasarbeiter, Handschuhmacher, Kupferstiche, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler, Seelente, Steinarbeiter, Steinseher und Vergolder.

Die Mitgliederzahl, welche von einzelnen Verbänden heute erreicht ist, giebt eine Gewähr für den gesicherten Bestand dieser Gewerkschaften. Im Jahre 1902 zählten an Mitgliedern: Metallarbeiter 128 842, Maurer 82 223, Holzarbeiter 70 800, Bergarbeiter 41 894, Textilarbeiter 38 158, Fabrikarbeiter 33 640, Buchdrucker 33 369, Buchdrucker Elsaß-Lothringen 751, Zimmerer 24 502, Schuhmacher 20 583, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 19 713, Schneider 18 680, Tabakarbeiter 17 833, Bauarbeiter 16 193, Maler 14 303, Hafnarbeiter 13 832, Brauer 13 189, Buchbinder 10 207, Töpfer 8627, Porzellanarbeiter 8245, Steinarbeiter 8000, Lithographen 7655, Schmiede 7244, Gemeindebetriebs-Arbeiter 6127, Maschinisten und Feiger 6070, Böttcher 5736, Glasarbeiter 5648, Wäder 4700, Tapezierer 4735, Steinseher 4424, Lederarbeiter 4330, Bildhauer 3918, Feinarbeiter 3740, Sattler 3500, Kupferstiche 3513, Schuhmacher 3232, Handschuhmacher 2987, Dachdecker 2974, Glaser 2772, Seelente 2588, Statuarbeiter 2553, Schiffszimmerer 2092, Buchdrucker-Elsaßarbeiter 1906, Müller 1902, Gastwirtschaftlichen 1978, Handlungsgesellen 1770, Heizer 1577, Graveure 1562, Vergolder 1474, Münzler 1341, Cigarrenfortierer 1120, Konditoren 982, Lagerhalter 862, Civilmüller 537, Barbieri 500, Kasseure 388, Bureauangestellte 371, Gärtner 312, Formsticker 280, Notensticker 280.

Ueber die Entwicklung der Gewerkschaften in den letzten zwölf Jahren giebt diese Tabelle Auskunft:

Table with columns: Jahr, Central-Organisationen, Mitgliederzahl, Davon weibliche Mitglieder, In Localvereinen ca., Zusammen, Kassenbestand der Centralverbände M. Rows for years 1891 to 1902.

Da authentisches Zahlenmaterial für die Localorganisationen nicht zu haben war, so sind deren in der vorstehenden Tabelle enthaltene Mitgliederzahlen durch Schätzung seitens der betreffenden Centralverbände gewonnen. Auf Zuverlässigkeit oder Vollständigkeit erheben diese Schätzungen jedoch keinen Anspruch.

Die Mitgliederzahl der Christlich-Deutschen Gewerksvereine ist von 96 765 im Jahre 1901 auf 102 851 gestiegen, die der christlichen Gewerkschaften ging von 84 667 auf 84 659 zurück, die der unabhängigen (christlichen) Gewerkschaften stieg von 90 412 auf 105 248 und die der unabhängigen Vereine gewerkschaftlichen Charakters von 49 651 auf 50 595.

Auch bei den Christlich-Deutschen Gewerksvereinen ist in einigen Organisationen ein Mitgliederverlust eingetreten, der aber durch die Zunahme der Mitgliederzahl bei den Metallarbeitern und Fabrikarbeitern reichlich ausgeglichen wird. Diese beiden Organisationen sind auch die einzigen der Christlich-Deutschen Gruppe, die eine nennenswerte Bedeutung haben. Auch die christlichen Gewerkschaften haben nicht den Umfang angenommen, wie es nach den dieser Organisationsgruppe zur Verfügung stehenden Agitationsmitteln zu erwarten stand.

Bezüglich der Centralverbände ist auch das Prozentverhältnis ihrer Mitglieder zu den in den betreffenden Verufen Beschäftigten ermittelt, wobei die Zahlen der Gewerbebezahlung von 1895 zu Grunde gelegt sind.

Wenn diese auch für die heutigen Verhältnisse nicht mehr zutreffend sind, so muß sich der Statistiker mangels eines andern zuverlässigen Materials aber damit behelfen. Nach dem Verhältnis der Organisierten zu den Verufenangehörigen rangieren die Verbände in einer wesentlich andern Reihenfolge wie nach den vorher angeführten Mitgliederzahlen.

In den Verufen, für welche die in der Statistik geführten 60 Centralverbände bestehen, waren 1895 5 016 298 Organisationsfähige, darunter 901 873 Arbeiterinnen beschäftigt. Von diesen waren 1902 zusammen 733 206 = 14,42 Proz. organisiert und zwar 704 988 männliche = 17,20 Proz. und 28 218 weibliche = 3,13 Proz. Das verhältnismäßig ungünstige Gesamtergebnis wird dadurch hervorgerufen, daß für Verufe, welche die größte Zahl Beschäftigter aufweisen, die aber infolge ihrer kümmerlichen wirtschaftlichen Lage, oder auch aus in der Art der Beschäftigung liegenden Gründen, dem Organisationsgedanken schwer zugänglich sind, die Organisationen sehr schwach sind und nur einen äußerst geringfügigen Prozentsatz der Verufenangehörigen umfassen. Andererseits aber haben einzelne Verbände eine so beträchtliche Zahl der Verufenangehörigen zu sich herangezogen, daß sie tatsächlich als die Vertretung der Arbeiterschaft ihres Verufes gelten können.

Es waren 1902 organisiert in Prozenten der Verufenangehörigen:

Buchdrucker (in beiden Organisationen, die der Generalkommission angehörend sind) und Buchdrucker-Elsaßarbeiter 79,33; Bildhauer 65,30; Kupferstiche 54,10; Handschuhmacher 48,53; Glaser 44,32; Steinseher 43,20; Lithographen und Steinbrücker 42,20; Hafnarbeiter 39,41; Tapezierer 38,04; Schiffszimmerer und Feinarbeiter 36,81; Töpfer 36,46; Gemeindebetriebs-Arbeiter 35,16; Maurer 34,65; Statuarbeiter 33,85; Brauer 31,16; Formsticker, Graveure und Ciseleure 26,84; Porzellanarbeiter 26,48; Böttcher 26,22; Vergolder 26,04; Schuhmacher 24,95; Buchbinder 24,94; Metallarbeiter 24,11; Zimmerer 24,05; Maler 22,64; Holzarbeiter 22,56; Dachdecker 21,81; Münzler 20,96; Schuhmacher 19,04; Tabakarbeiter und Cigarrenfortierer 18,14; Glasarbeiter 15,81; Maschinisten und Feiger 15,28;



Sattler 13,72; Lederarbeiter 12,66; Seelente 12,51; Bergarbeiter 11,19; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 10,95; Schneider 10,19; Konditoren 9,83; Fabrikarbeiter 9,51; Steinarbeiter 8,23; Schmiede 7,95; Bäcker 6,41; Textilarbeiter 6,38; Banarbeiter 4,94; Müller 4,33; Barbier 3,18; Fleischer 2,80; Gastwirtsgehilfen 0,92; Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,91; Gärtner 0,55.

Es sind somit in 27 Berufen mehr als 20 Proz. und bereits in 15 Berufen mehr als 30 Proz. der Berufsangehörigen vereinigt. Berücksichtigt man, daß die auf dem Lande wohnenden, von allem Verkehr abgeschlossenen Arbeiter kaum für die Organisation zu gewinnen sind, obgleich sie als organisationsfähig gerechnet werden müssen, so wird man zu sagen haben, daß die Verbände, welche mehr als 20 Proz. der Berufsangehörigen umfassen, sehr wohl als die Vertretung der Arbeiterklasse des Berufes angesehen werden können. Aber auch bei Verbänden, welche diesen Prozentsatz nicht erreichen, wird dieses zum Teil zu gelten haben, weil doch den Arbeitern, die nicht zur Erkenntnis gekommen sind, daß sie sich mit ihren Berufsgenossen vereinigen müssen, am allerwenigsten zuerkannt werden kann, daß sie als Vertretung ihres Berufes in irgend welchen öffentlichen Fragen gelten können.

Die geringe Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen giebt uns immer wieder Veranlassung, den weiblichen Mitgliedern der Gewerkschaften einen besonderen Abschnitt in der Statistik zu widmen. Zwar ist erfreulicherweise zu konstatieren, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder von 23 699 im Jahre 1901 auf 28 218 im Jahre 1902, also um 4519 oder 19,00 Proz. gewachsen ist, während die Zahl der männlichen Mitglieder sich nur um 8,2 Proz. in diesem Zeitraum vermehrte. Ingesamt sind aber von den für die Gewerkschaften in Frage kommenden industriellen Arbeiterinnen nur 3,13 Proz. organisiert, so daß hier noch viel Agitationsarbeit zu leisten ist.

Im Verband der Buchbinder sind zwar 20,26, bei den Schuhmachern 20,29, den Buchdrucker-Hilfsarbeitern 14,94 und den Metallarbeitern 13,22 Proz. der im Berufe thätigen Arbeiterinnen für die Organisation gewonnen. In den andern Organisationen ist der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder aber sehr gering und in einzelnen Berufen gehört noch keine der beschäftigten Arbeiterinnen dem Verbands an. Es sei hier an die Delegierten der Gewerkschaftskongresse von 1896 und 1902 erinnert, dahingehend, der Agitation unter den Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und zweckmäßige Einrichtungen zu treffen, um die weiblichen Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Auch 1902 haben nur 15 von 26 Organisationen mit weiblichen Mitgliedern eine Zunahme dieser von insgesamt 4950, während in 11 Organisationen ein Verlust von 431 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen ist.

#### Die Kassenverhältnisse der Gewerkschaften.

Ingesamt hatten die Gewerkschaften im Jahre 1902 eine Einnahme von 11 097 744 M. und eine Ausgabe von 10 005 528 M. Im Bestand verblieben in den Kassen 10 233 559 M. Gegenüber dem Vorjahre erhöhte sich die Einnahme um 1 375 024 M., die Ausgabe um 1 038 360 M. und der Kassenbestand um 1 455 227 M.

Daß in diesen Ziffern nicht die ganze Einnahme enthalten ist, welche die Gewerkschaften haben, wurde schon bei Veröffentlichung der Statistiken der Vorjahre erklärt. Es fehlen darin die Einnahmen und Ausgaben, welche in den Zweigvereinen gemacht werden, bei Fonds, die nicht der Kontrolle der Zentralkommission unterliegen. In den zwölf Jahren, auf welche sich die Statistik der General-Kommission erstreckt, hatten die Verbände eine Gesamteinnahme von 62 287 743 M. und eine Gesamtausgabe von 55 254 131 M.

Im rund 10 Millionen Mark war die Einnahme der Verbände im Jahre 1902 höher als im Jahre 1891 und die Ausgabe steigerte sich um rund 9 1/2 Millionen Mark. Die Organisationen waren bemüht, die Mitglieder zur Leistung höherer Beiträge zu erziehen, weil ohne Leistung keine Gegenleistung erfolgen kann. Und dieses ist ihnen auch gelungen. Im Jahre 1891 hatten 80 Prozent der Verbände einen Wochenbeitrag von weniger als 20 Pfennig, im Jahre 1902 aber haben nur 10 Prozent der Organisationen einen solchen Beitrag.

Infolge dessen konnten die Organisationen auch ihren Mitgliedern insbesondere in Bezug auf Unterstützungen von Jahr zu Jahr mehr bieten. Es wurden in den Jahren 1891 bis 1902 verausgabt für: Rechtsschutz 400 165 M.; Gemahregelten-Unterstützung 1 044 617 M.; Reise-Unterstützung 4 482 378 M.; Arbeitslosen-Unterstützung 5 494 800 M.; Kranken-Unterstützung 5 435 733 M.; Invaliden-Unterstützung 717 987 M.; Beihilfe in Not- und Sterbefällen 1 129 772 M.; zusammen 18 765 512 M. Für das Bildungsmittel, das Verbandsorgan, wurden 5 491 032 M., zusammen für Unterstützungen und Bildungszwecke 24 256 544 M. verwendet. Demgegenüber sind für Streiks aus den Verbandsklassen in diesem Zeitraum nur 13 046 758 M. verausgabt, so daß den ersten Zweck 11 1/2 Millionen Mark mehr gewidmet wurden als den Streiks. Auf diesen Punkt legen wir nicht deswegen besonderes Gewicht, weil wir es für besonders rühmend halten, daß die Ausgaben für den unmittelbaren wirtschaftlichen Kampf geringer sind, als die für Unterstützungen, die mittelbar diesen Kampf gleichfalls fördern, sondern um immer wieder den Gegnern der Organisationen zu zeigen, daß diese eine Reihe von Aufgaben erfüllen, die kulturellen Zwecken dienen, und nicht nur Streiks führen, wie die Gegner der Arbeiterbewegung zu behaupten belieben.

Die Ausgabe für Gemahregelten-, Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung ist im Jahre 1902 wiederum beträchtlich in die Höhe gegangen. Die erstere stieg gegenüber 1901 von 1 044 617 M. auf 2 061 661 M., die Reiseunterstützung von 607 127 M. auf 709 778 M., die Arbeitslosen-Unterstützung von 1 238 127 M. auf 1 593 022 M. Für diese drei Unterstützungen, deren Steigerung ein Zeichen ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur ist, wurden die Gewerkschaften im Jahre 1902 5 099 064 M. mehr ausgeben als im Jahre 1901 und 1 879 958 M. mehr als im Jahre 1899.

Diese Mehrausgabe ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß seit 1899 acht der 1902 in der Statistik geführten Organisationen, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, in der Statistik von 1899 teils noch nicht geführt waren oder seitdem die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben, sondern die Ausgabe pro Kopf der Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahre für diesen Unterstützungs-zweig beträchtlich gestiegen. Bei den Bildhauern von 19,72 M. auf 23,57 M., den Buchdruckern von 16,50 M. auf 17,70 M., den Formstechern von 1,97 M. auf

8,58 M., den Glasarbeitern von 2,03 M. auf 5,63 M., den Gutmachern von 4,99 M. auf 6,81 M. usw. Einen neunenderten Rückgang in der Belastung der Mitglieder mit dieser Ausgabe ist nur bei den Handschuhmachern zu verzeichnen, bei denen diese Ausgabe von 20,60 M. auf 16,18 M. pro Kopf der Mitglieder zurückging. Die wirtschaftliche Depression belastet die Arbeiter nicht nur im allgemeinen, sondern die Mitglieder der Gewerkschaften in besonderer Weise. Diese müssen die Opfer eines wider sinnigen Produktionsystems vor der Verlesung bewahren und sich selbst dabei die größten Opfer auferlegen.

Diese Opfer sind gebracht worden und diesem Eintreten der Mitglieder für ihre Organisation und ihre arbeitslosen Genossen ist es zu danken, daß die Gewerkschaften nicht nur in der Gesamtheit keinen Rückgang, sondern noch eine Erhöhung ihres Vermögensstandes konstatieren können. Sowohl absolut, als auch pro Kopf der Mitglieder berechnet, ist der Kassenbestand in den meisten Gewerkschaften gestiegen. Selbst die Bildhauer konnten trotz Belastung von 23,57 M. pro Kopf durch Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ihren Vermögensstand von 5,64 M. im Jahre 1901 auf 6,96 M. im Jahre 1902 pro Kopf der Mitglieder erhöhen. Hier mußten die Mitglieder Beiträge von ganz enormer Höhe leisten, um die Widerstandsfähigkeit der Organisation zu erhalten.

Die Statistik zeigt, daß die Kassenbewußten Gewerkschaftsorganisationen bedeutende Fortschritte gemacht haben, und es ist sicher zu erwarten, daß sie sich zu noch größerer Kraft und Leistungsfähigkeit entwickeln, um dem arbeitgeberfeindlichen Unternehmertum einen unüberwindlichen Damm entgegenzusetzen.

## Verfammlungen.

**Zweiter Wahlkreis.** Am Mittwoch sprach Reichstags-Abgeordneter Rubeil in einer im „Hofjäger-Palast“ abgehaltenen Wahlvereins-Verammlung über „Die Socialdemokratie nach den Reichstagswahlen“. Nachdem Redner in grohen Zügen den Wahlkampf und das Verhalten der bürgerlichen Parteien während desselben beleuchtet hatte, bezeichnete er das Jahr 1903 als einen Markstein in der Geschichte der deutschen Socialdemokratie, nicht allein daß jetzt der Partei noch große parlamentarische und agitatorische Aufgaben gestellt seien, sondern daß nunmehr auch die „Revisionisten“ eingeschlagen haben dürften, daß das alte viel kritisierte Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ mehr wie je seine volle Gültigkeit habe. Auf die Präsidialfrage eingehend, wies er auf die Hand der Reichstags-Geschäftsordnung nach, wie wenig die Versammlungen Voraussetzungen von dem eventuellen Einfluß eines socialdemokratischen Vizepräsidenten auf den Gang der Parlamentsverhandlungen zutreffen, ganz abgesehen von der grenzenlosen Wlamage eines parteigenössigen Goshanges. Nach einer wirkungsvollen Kritik der Aufbaumengen Versteins, Wollmar und Heines über diese zu einer künstlichen Aktualität gestempelten, an sich sehr untergeordneten Frage begrüßte er Redner, daß die Angelegenheit nunmehr aus dem Rahmen einer bloßen Fraktionsbesprechung herausgetrieben ist und infolge der öffentlichen Diskussion vor das Forum des Parteitags kommen muß, auf dem die Situation dann wohl gründlich geklärt werden dürfte. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. — Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur Agitation für den Wahlverein und die Parteipresse auf und gab bekannt, daß am 25. August in der Hofbrauerei eine Verammlung stattfindet, in der die Delegiertenwahlen zur Provinzialkonferenz und zum Parteitag vorgenommen werden.

**Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)** hielt am Dienstag bei Graumann eine zahlreich besuchte Verammlung ab, in der zunächst ein verstorbenes Mitglied in üblicher Weise geehrt wurde. Ueber die Aufgaben des Parteitages referierte Genosse Kayenstein. Er führte aus: Die Selbstkritik, die nach dem Ausfall der Wahlen stets einen großen Raum einnahm, dürfte diesmal weniger gepflogen werden, obwohl der Parteitag unter dem Eindruck der Wahlen stehen wird; dagegen werde die Frage der ferneren Taktik eine ausgiebige Debatte zeitigen, wozu auch die Reichstagswahl-Statistik schätzbare Material liefert. In der Frage, ob Genossen an bürgerlichen Wählern Mitarbeiter sein dürfen, glaubt er, daß der Parteivorstand das Richtige getroffen habe. Als unabweisbare Notwendigkeit erscheint dem Redner die Revision des Parteiprogramms, wie es von Nebel schon früher angedeutet wurde, wobei die Ansicht Engels, das Programm zu verkürzen, Berücksichtigung finden möge.

So z. B. fehle im Programm der Punkt betr. die Staatsform. Es müsse in diesem deutlich gesagt werden, daß wir auf dem Boden der demokratischen Republik stehen und eine friedliche, evolutionistische Entwicklung der Verhältnisse wünschen. Bei dieser Gelegenheit schneidet Redner die Streitfrage an, ob ein fraktionsmitglied Vize-Präsident des Reichstages sein solle, dem er ganz energisch widerspricht. Die Behauptung, daß ein solcher Präsident parlamentarische Rechte brühe verhindern könne, sei unzutreffend, indem dies lediglich in der Hand des Präsidenten selbst liege. Ebenso wenig könne man von einem Recht für die Vize-Präsidenschaft als auch von einer Pflicht der höfischen Besuche sprechen; beides sei hergebrachter Brauch, und halte er dafür, daß der Versuch am Hofe seitens eines Republikaners eine Inkonsequenz bedeute.

Wichtigere Fragen für den Parteitag werden nach Ansicht des Redners ganz andre sein, so die des Militarismus, wozu dem Reichstage ein den programmatischen Forderungen entsprechender Gegenentwurf seitens der Fraktion unterbreitet werden müsse. Ebenso verhalte es sich mit der Agrarfrage; zu dieser müsse endlich seitens der auf dem Boden der Wissenschaft stehenden Partei energisch Stellung genommen werden. Geradezu brennend und für einen Kulturstaat bezeichnend sei der augenblickliche Zustand der Rechtsprechung in Deutschland, für dessen Aenderung sich eine umfangreiche Agitation und ein diesbezüglicher Gegenentwurf nötig mache. Als berechtigigte Forderung erkennt er weiter, daß die Staatsdebatten im Reichstag verkürzt werden, um Zeit zur Veratung für Initiativanträge zu gewinnen. Endlich müßten Grundsätze für ein kommunales Programm geschaffen werden, natürlich abweichend den lokalen Verhältnissen entsprechend. Als letzten Punkt berührt Redner die Raiffeiser, wobei er den Generalstreik-Ideen entgegentritt. Letzterer, sowie das Genossenschaftswesen seien Dinge, durch die man das politische Ziel nicht erreiche,

aber angehen, unter Umständen gemüßlich zu verlassen und sich in der heutigen Gesellschaft einzurichten. Wir dürfen — so schließt er — unsere Genossen ihrer hehren Aufgabe als Revolutionäre nicht entwöhnen, vielmehr bei jeder Gelegenheit betonen, daß wir unverföhnliche Gegner der heutigen Gesellschaft und deren Einrichtungen sind. (Bravo!)

Genosse Eduard Bernstein als erster Diskussionsredner erachtet die Frage der Raiffeiser für eine rein gewerkschaftliche. Längere Ausführungen widmet er dem Punkte „Vizepräsident“, wobei er seine in den „Socialistischen Monatsheften“ vertretene Ansicht darlegt. Es sei dies principiell nichts neues, sondern gehe er nur von dem Standpunkt aus, daß seine Position, die für den proletarischen Kampf zwecklich erscheint, aus dem Auge zu lassen ist. Er sei kein Illusionist und wisse, welche Kämpfe der Socialdemokratie bevorstehen, so unter andern der Raub des allgemeinen Wahlrechts; für ihn handle es sich um einen Akt der Klugheit. Ueberdies sei die ganze Frage der Monarchie eine solche der Zukunft, die wir in Ruhe und ohne Leidenschaft behandeln können. — Genosse Stumpe hält den Streit um den Präsidentenposten keineswegs für so einschneidend für die Partei, ist vielmehr der Ansicht, daß statt dessen viel Besseres zu thun sei in agitatorischer Hinsicht und dies gerade jetzt nach den Wahlen. Der Generalstreik, der soviel umstrittene, sei unmöglich, es genüge als durchschlagende Aktion die Niederlegung der Arbeit aller Arbeiter der Verkehrsmittel. Weiter hält er für einen Fehler, daß derartige und andre für die Partei bedeutsame Fragen lediglich von Akademikern und Literaten behandelt werden, ohne den praktischen Arbeiter nach seiner Meinung zu befragen und dessen Urteil als Parteigehöriger in die Waagschale zu werfen. Vor allem möge die Partei sorgen, daß der indifferente Arbeiter aufgellart und die Arbeiterklasse im allgemeinen besser geschult werde. Nach einer kurzen Erwiderung Kayensteins an Bernstein, in der er seine Ansichten vertritt, bemerkt Genosse Rannow, daß er der Raiffeiser eine große Bedeutung beimesse und erhofft er vom Parteitag, daß dieser einen Beschluß fasse, der für die Gewerkschaften etwas Gutes bringe. Unter Verschiedenem giebt der Vorsitzende noch bekannt, daß am 19. September seitens des Wahlvereins ein Künstler-Konzert im Gewerkschaftshause stattfindet.

Die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der kaufmännischen Angestellten im Warenhause für deutsche Beamte wurden am Mittwoch in einer öffentlichen, vom deutshationolnen Handlungsgehilfen-Verband einberufenen Verammlung erörtert. Der Referent Döring schilderte im einzelnen die auch von uns mitgeteilten Mängel im Warenhause. Den weiteren Ausführungen des Referenten war zu entnehmen, daß der Direktor infolge der Veröffentlichungen in der Presse, in der es auch hieß, daß es zu einem Streik kommen würde, seinen Urlaub unterbrochen und die Angestellten zusammenberufen hat, um ihnen in einer Ansprache auseinanderzusetzen, daß sie zu Beschwerden keine Veranlassung hätten. Schließlich sollte eine Erklärung unterschrieben werden, wonach die in einem Organ der Handlungsgehilfen aufgestellten Behauptungen über die Zustände im Warenhause als unzutreffend bezeichnet werden. Diese Erklärung wurde zunächst den besser gestellten Zuschauern, die bei dieser Frage eigentlich gar nicht in Betracht kommen, und dann erst den kaufmännischen Angestellten, um die es sich handelt, vorgelegt. Unterschrieben wurde die Erklärung, die dann in der Presse lanciert wurde, schließlich von fast allen Angestellten, die sich ja auch schon infolge ihrer materiellen Lage in einem ungünstigen Abhängigkeitsverhältnis befinden und wohl auch befürchteten, ihre Stellung zu verlieren. Nur neun der Angestellten weigerten sich, die Unterschrift — die eine freiwillige sein sollte — unter dieser Erklärung zu geben und die Folge davon war, daß diese sofort entlassen und ihnen, nachdem man jedem für zwei Monate Gehalt ausbezahlt hatte, das weitere Betreten der Geschäftsräume verboten wurde.

Nach Schilderung dieser Verhältnisse verlangte der Referent, daß seitens der Polizeibehörden eine schärfere Kontrolle über die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit und der Handhabung bezüglich der Strafgesetze ausgeübt werde. Ferner wird erwartet, daß auch die kaufmännischen Mitglieder des Warenhauses für deutsche Beamte dahin wirken, daß bessere Verhältnisse für die Angestellten geschaffen werden, wozu sie in der Generalversammlung Gelegenheit hätten. — Unangenehm schien es Herrn Döring zu sein, zugeben zu müssen, daß er die Behauptung über die mitgeteilte Auskunftserteilung des Reichstags-Abgeordneten D. Heine an einen Angestellten des Warenhauses nicht aufrechterhalten kann und daß sich sein Gewährsmann geirrt hat. Er glaubte deshalb noch darauf hinweisen zu müssen, daß sein Gewährsmann, der in der Verammlung antwofend war, aber sich nicht zum Wort meldete, eine Mark Gebühren für die negative Auskunft des Socius von Heine bezahlt hat.

In der dem Referate folgenden Diskussion wurden die Verhältnisse im Warenhause für deutsche Beamte ähnlich wie vom Referenten geschildert und lebhaft kritisiert. Ein Redner verfuhrte allerdings die gerügten Zustände zu beschönigen, that es aber in einer solchen Weise, daß es für die Geschäftsleitung, die übrigens schriftlich zu dieser Verammlung eingeladen war, doch wirklich besser gewesen wäre, sie hätte der Einladung Folge geleistet und hätte diesen Verteidiger ihrer Interessen zu Hause gelassen.

**Der Verband der Tapezierer** hatte am 13. d. Mts. eine Generalversammlung. Im Quartalsbericht stand der Streik bei Feder und die Angelegenheit L. Schmidt im Vordergrund. Das Gutachten des gerichtlichen vereidigten Bücherrevisors lautet dahin, daß die Durchführung in jeder Weise korrekt ausgeführt ist; das Defizit beläuft sich insgesamt auf 1040 M. Die neue Ortsverwaltung setzt sich wie folgt zusammen: Geschäftsführer und erster Kassierer: Rohkopf, zweiter Kassierer: Bruno, erster Vorsitzender: Weis, zweiter Vorsitzender: Lobig, erster Schriftführer: Wölfe, zweiter Schriftführer: Jritsch, Revisoren: Rich, Bönke, Gaier, Albert.

**Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** hielt am 17. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Max Grundwald sprach über die Folgen der Reichstagswahl und die Gewerkschaften. In der hierauf folgenden Diskussion wurde auch die Vize-Präsidentenfrage berührt, und allgemein wurde scharf getadelt, daß man derselben so viel Bedeutung beilege; die Arbeitervertreter hätten wichtigere Interessen zu wahren, als sich über diesen Punkt zu streiten. Zum Delegierten für den nächsten Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften wurde Karl Hoffner einstimmig gewählt.

**Schellfische** in allen Grössen **15-25** Pf. pro Pfd.

**Cabliau** ohne Kopf **20** Pf., im Anschnitt **22** Pf. pro Pfd.

**Seelachs** **17** Pf., im Anschnitt **22** Pf. pr. Pfd.

Alle Fischarten sind infolge grosser Fänge soeben in grossen Mengen eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.

Ein Versuch mit diesen äusserst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Ebenfalls in frischer Ware sind die nebenstehend verzeichneten Fische eingetroffen.

|  |  |
|--|--|
| Bratfunder Pfd. 20 Pf., 3 Pfd. 50 Pf., 6 Pfd. 90 Pf. |  |
| Steinbutt . . . . . pro Pfd. 1,30-1,40 M.            |  |
| Seezungen . . . . . " 1,40-2,00 "                    |  |
| Tarbutt . . . . . " 80-90 Pf.                        |  |
| Hellbutt . . . . . " 70 "                            |  |
| Austernfisch . . . . . " 30-35 "                     |  |
| Goldbarsch . . . . . " 30 "                          |  |
| Lebende Hummer . . . . . " 3,00 M.                   |  |
| Geräucherte Flumern . . . . . " 50 Pf.               |  |
| " Seelachs . . . . . " 35 "                          |  |
| " Schellfisch . . . . . " 25 "                       |  |
| " Rohe . . . . . " 50 "                              |  |
| Marierte Seefische zu billigsten Preisen.            |  |

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.**  
Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 8-10, und Niederlage: Madalstr. 22 (im Schliesischen Bahnhof).  
Filiale II: Prinzenstr. 30 (am Moritzplatz).











Wieder einmal die „Vorwärts“-Druckerei.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ bringt folgenden Besondere Bericht aus Berlin:

Außerordentliche Versammlung des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend vom 8. August. Diese Versammlung hatte sich hauptsächlich mit der Angelegenheit der „Vorwärts“-Druckerei zu beschäftigen. Nachdem der Vorsitzende in klaren, deutlichen Worten der Versammlung die ganze Angelegenheit mit der „Vorwärts“-Druckerei vorgeführt und zugleich auch bedauert, daß trotz aller Verhandlungen von der Entlassung des Kollegen Viefelsfeld nichts geändert werden konnte, ergriß auch in dieser Sache der anwesende Gauvorsitzer Raffini das Wort. Er führte der Versammlung nochmals den ganzen Hergang der Sache vor Augen und sprach sein Bedauern aus über das Verhalten der beiden dort beschäftigten Kollegen in dieser Sache. Zugleich tadelte Redner das Gebahren der Geschäftsleitung betreffs Reuebefragung der Stellen durch Umgehung des Arbeitsnachweises. Nachdem nun noch verschiedene Kollegen in scharfer Weise das Gebahren der Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Druckerei sowie auch das Verhalten der anderen dort beschäftigten Kollegen gesehnt hatten, wurde folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: Die Versammlung giebt ihr Einverständnis zu der stattgehabten Erledigung der Angelegenheit Viefelsfelds mit dem „Vorwärts“, wenn sie auch erklären muß, daß sie von dem Resultate der Verhandlungen nicht im geringsten befriedigt ist. Ihre schärfste Mißbilligung spricht die Versammlung aus darüber aus, daß die Geschäftsleitung mit Umgehung des Arbeitsnachweises Arbeitskräfte engagiert, obwohl sie dem Vorstande das sichere Versprechen gegeben hatte, bei Bedarf von Arbeitskräften nur solche durch den Arbeitsnachweis zu engagieren. Sie erwartet daher in Zukunft von der Geschäftsleitung des „Vorwärts“, um jeden Konflikt mit der Organisation zu vermeiden, daß sie ihr Versprechen erfüllt. Hierfür wurden noch einige interne Sachen erledigt.

Die Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Buchdruckerei sendet uns dazu folgende Erklärung:

Ueber die Gründe, welche zur Entlassung des Stereotypen Viefelsfeld geführt haben, wollen wir uns hier, und zwar im Interesse Viefelsfelds, nicht näher einlassen. Wir begnügen uns mit der Feststellung folgender Thatfachen:

1. Der Arbeiter-Ausschuß der „Vorwärts“-Buchdruckerei hat sich in zwei Sitzungen mit der Entlassung des Viefelsfelds und dem, bei einer Stimmhaltung, einstimmig erklärt, daß keine Maßregelung vorliegt.

2. Weder der Vorstand des Berliner Buchdrucker-Vereins noch der Verein Berliner Stereotypenarbeiter, nachdem sie von der Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Buchdruckerei eingehende Aufklärung erhalten hatten, die Behauptung Viefelsfelds, daß er „gemäßregelt“ sei, als begründet oder berechtigt anerkennen können.

In dem Versammlungsbericht heißt es weiter: Der Gauvorsitzer Raffini tadelte zugleich das Gebahren der Geschäftsleitung betreffs Reuebefragung der Stellen durch Umgehung des Arbeitsnachweises. Diese Darstellung kann unmöglich richtig sein, denn sonst würde Herr Raffini etwas behauptet haben, von dem er wußte, daß es nicht der Wahrheit entspricht. Herr Raffini war bei den Verhandlungen zugegen, in denen auf einen diesbezüglichen Vorwurf die Geschäftsleitung nachwies, daß sie ganz loyal nach den mit dem Stereotypen-Vorstand getroffenen Vereinbarungen gehandelt habe, was auch der Vorsitzende der Stereotypen-Vereinigung, Herr Schellbach, einige Tage vor der Versammlung offen bestätigte. Wenn nun in der von der Versammlung angenommenen Resolution der Geschäftsleitung die „schärfste Mißbilligung“ ausgesprochen wurde, weil diese Arbeitskräfte mit Umgehung des Arbeitsnachweises engagiert habe, obwohl sie dem Vorstande das sichere Versprechen gegeben hatte, bei Bedarf von Arbeitskräften nur solche vom Arbeitsnachweis zu engagieren, so wollen wir nur feststellen, daß niemals ein solches Versprechen gegeben wurde und nach Lage der Dinge nicht gegeben werden konnte. Und ferner wollen wir noch feststellen, daß ca. 8 Tage vor dieser Versammlung wir mit dem Stereotypen-Vorstand, in Gegenwart der beiden Vorsitzenden des Gauvorstandes, der Herren Raffini und Bach, ein beiderseits befriedigendes Uebereinkommen über die Befragung freiverwendender Stereotypen-Stellungen getroffen haben.

Warum die Herren vom Stereotypen-Vorstand hier von der Versammlung keine Mitteilung machten, sondern sogar für diese Resolution stimmten, obwohl diese eine ihnen bewusste Unwahrheit enthielt, das vermögen wir nicht zu beurteilen.

Ob der „Correspondent“ auch in diesem Falle (wie anlässlich des Lutz vor den Wahlen erhobenen Vorwurfs der Lohnbedrückerei) seinen Lesern unsere Richtigstellung — vorenthalten wird, müssen wir dem bekannten Anstandesgefühl der „Correspondent“-Redaktion überlassen.

Die Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Druckerei.

Lokales.

Eine Wohnung zu vermieten

Soll für einen Hausbesitzer nicht immer so einfach sein, wie wir Mieter uns das denken. Wohnungen, die keine erheblichen Mängel aufweisen, sich in leidlichem Zustande befinden und dabei nicht zu teuer sind, pflegen allerdings schon in den allerersten Tagen nach der Kündigung gleich wieder „wegzugehen wie die heißen Semmeln“. Wenn es aber mit einer Wohnung in der einen oder der anderen Beziehung hapert, dann können selbst in Zeiten der Wohnungsnot leicht Wochen und Monate darüber verstreichen, ehe ein neuer Mieter antritt.

Der Herr Hausbesitzer, dem eine solche Geduldprobe auferlegt wird, sucht selbstverständlich die Schuld gewöhnlich nicht bei sich selber, sondern bei dem bisherigen Inhaber der gekündigten Wohnung. Er argwöhnt, daß der alte Mieter aus Bosheit die Mietslustigen verschweigt, indem er ohne Grund die Wohnung tadeln. Daß jemand sich mit derartigen Mitteln an seinem Hauswirt zu rächen versucht, weil er sich mit ihm überworfen hat, das ist möglich. Wo es geschähe, würden wir bei all' unsrer Abneigung gegen die Hausbesitzer diese durchaus unzulässige Art der Rache aufs schärfste mißbilligen. Es giebt aber Hausbesitzer, die von dem Inhaber einer gekündigten Wohnung erwarten, daß er dem die Wohnung besitzenden Mietslustigen auch auf ausdrückliches Befragen nicht sagt, was ihm selber an der Wohnung nicht gefällt oder warum sonst er auszieht. In solchem Falle kann keinem ausziehenden Mieter ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er es für seine Pflicht hält, die erbetene Auskunft trotz gegenteiliger Erwartung und Forderung des Wirtes zu geben.

Es scheint, daß die Herren Hauswirte gegen ausziehende Mieter, von denen sie annehmen, daß sie durch Angabe vermeintlicher Mängel der Wohnung ihnen die Mietslustigen verschweigen, jetzt die Hilfe der Gerichte anrufen wollen. Durch die Zeitungen geht die Mitteilung, daß in Moabit ein Hauswirt einen Mieter, dem die Wohnung zum Oktober gekündigt worden ist, auf Schadenersatz verklagt habe, weil „der Mieter die Mietslustigen ungefragt auf Mängel aufmerksam mache, so daß sich die Wohnung nicht vermieten lasse“; der Wirt stehe auf dem Standpunkt, daß „solche Belehrungen, weil sie nicht erforderlich wurden, unzu-

lässig seien“. In dieser Form kann die Nachricht nicht ganz richtig sein. Nach dem Wortlaut muß man annehmen, daß die Wohnung thatsächlich Mängel hat. Ist das aber wahr, dann wird der Hauswirt es doch gewiß für seine Pflicht halten, dem Brauch ehrlicher Geschäftsleute zu folgen und selber ungefragt auf die Mängel aufmerksam zu machen, die seiner Ware anhaften. Wenn der bisherige Mieter ihm ungetrieben diese Mittheilung und Mietslustige dadurch zum Verzicht auf die Wohnung veranlaßt, so wird der ehrliche Hauswirt ihn nicht auf Schadenersatz verklagen, sondern ihm sogar noch dankbar dafür sein, daß er ihm geholfen hat, ande von der Mietung einer für sie nicht geeigneten Wohnung abzuhalten und sie so vor Schaden zu bewahren. Da aber der betreffende Hauswirt trotzdem geklagt hat, so dürfte die Sache doch wohl etwas anders liegen.

Zunächst ist der Fall interessant. Noch interessanter ist aber ein gleichfalls hierher gehöriger anderer Fall, der uns aus Nizdorf gemeldet wird. Dort hat ein Hauswirt einem Mieter, der zum Oktober zieht, folgenden Brief geschrieben (originalgetreu in Orthographie und Interpunktion): „Ich habe Beweise durch Jengen das Ihre Frau Mietslustige die Wohnung im schlechten Lichte stellt und damit sucht das Vermieten zu hintertreiben. Ich möchte Ihnen nun darauf aufmerksam das zu Auslaufen ich einen Vertreter an dortiger Stelle habe; jedoch nicht Ihre Frau. Sollte mir durch Ihrer Schuld resp. Ihrer Frau in dieser Angelegenheit Schaden erwachsen, werde ich nicht unterlassen Ihnen dafür zur Verantwortung zu ziehen.“ Der Mieter hat trocken erwidert, daß er „keine Veranlassung habe, Mietslustigen die Unwahrheit zu sagen, warum man zieht“; worauf der Wirt in einem groben Brief geantwortet, daß ihm, dem Mieter, „Bescheidenheit fremd sei“.

Dieser die Bescheidenheit liebende Hausbesitzer aus Nizdorf meint also, dem Inhaber einer gekündigten Wohnung bzw. der Familie desselben überhaupt jede Auskunftserteilung an Mietslustige verbieten zu dürfen; wenigstens sagt er nirgends, daß er, gleich dem Moabiter Hausbesitzer, nur unerbetene Auskunftserteilung für unzulässig hält. Da hört denn doch alles auf! Mit seiner Schadenersatzklage wird der Nizdorfer vermutlich noch weniger Glück haben als der Moabiter mit der seinigen.

Zu der Angelegenheit des Gärtners Ernst Schulze ist neben der amtlichen Darstellung des Polizeipräsidiums noch die Mitteilung eines seiner Nachrichten von der Polizei begehenden Berichterstatters verbreitet worden, die sich inhaltlich mit den Ausführungen des Präsidiums deckt. In beiden Darstellungen tritt der Wunsch hervor, es zu entschuldigen, daß die Polizei den geisteskranken, seit dem 24. Juli vermißten und ihr am 28. Juli als vermißt gemeldeten Herrn Sch. erst am 12. August ermitteln konnte, obwohl sie selber ihn schon am 25. Juli in Gewahrsam genommen und wegen Verleumdungsbahns dem Amtsgericht beziehungsweise der Stadtvogtei zugeführt hatte. Wie haben demgegenüber noch einmal hervor, daß die Darstellungen, die von polizeilicher Seite verbreitet wurden, in einem wichtigen Punkte unzutreffend sind. Herr Ernst Schulze hatte sich nach seiner Festnahme auf der Polizei als wohnungslos und als einen am 30. Dezember 1890 geborenen Ludwig Schulze bezeichnet — offenbar in seiner Geistesverwirrung; er führt neben seinem Namen Ernst thatsächlich noch den Namen Ludwig, ist jedoch am 6. Dezember 1890 geboren. Aber als er am 11. August nach seiner vor dem Amtsgericht erfolgten Freisprechung aus der Stadtvogtei entlassen und dem Polizeipräsidium als obdachlos übergeben worden war und dann am 21. August wieder erfolglos Befragung über seine Wohnung usw. dem Obdach zugewiesen wurde, galt er schon nicht mehr als Ludwig Schulze (wie man nach der polizeilichen Darstellung annehmen könnte), sondern als ein am 30. Dezember 1890 geborener Gärtners Ernst Schulze. So wird er bereits auf dem am 11. (ersten) August von der Stadtvogtei angestellten Scheine genannt. Diesen Schein wird man auf dem Polizeipräsidium bei der erneuten Befragung doch wohl gelesen haben. Und dennoch kam niemand auf den Gedanken, daß der angeblich am 30. Dezember 1890 geborene, am 25. Juli festgenommene, soeben vom Amtsgericht als geisteskrank erkannte Gärtners Ernst Schulze vielleicht dieselbe Person sei wie der am 6. Dezember 1890 geborene, seit dem 24. Juli vermißte, von seinen Angehörigen als geisteskrank bezeichnete Gärtners Ernst Schulze! Ja, wenn das möglich ist, dann bedarf das Verfahren, das die Polizei beim Auffuchen Vermißter befolgt, dringend der Reform.

Die polizeiliche Darstellung ist noch in einem anderen Punkte zu ergänzen. Da das Präsidium sagt, Herr Sch. sei „wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen“ worden, so könnte es scheinen, daß er thatsächlich doch gebettelt habe. Das ist aber nicht der Fall. Sch. hat in einem fremden Hause eine unverschlossene Thür aufgeschlossen, eine Röhre betreten, Kaffee gefordert und die Töpfe durch Abheben der Deckel untersucht. Das entspricht den Gewohnheiten, die der alte Mann in seiner Familie zeigt. Vermutlich hat er geglaubt, zu Hause zu sein; er wurde aber in der fremden Wohnung nicht sofort als geisteskrank erkannt, sondern für gefährlich gehalten und der Polizei übergeben. So kam es, daß der harmlose Greis zum Bettler geistig wurde und durch die Mitwirkung der Polizei auf drei Wochen verhaftet wurde.

Ueber die Wunden, die nach seiner entölichen Auffindung an ihm entdeckt wurden, meldet ein Blatt, es sei „der Verdacht entstanden“, daß er sie „auf der Polizei oder in einer der Anstalten, die er bis zu seiner Freilassung passieren mußte, erhalten“ habe. Die untersuchende Behörde kann hier drei Möglichkeiten annehmen: Sie kann vermuten, daß Sch. die Wunden vor seiner ersten Festnahme oder zwischen dieser und seiner Entweichung aus dem Obdach oder nach dieser erlitten hat. Warum der Verdacht gerade auf die Zeit zwischen Festnahme und Entweichung gefallen sein soll, wissen wir nicht. Allerdings haben private Ermittlungen der Angehörigen inzwischen ergeben, daß die Wunden in der Stadtvogtei entstanden sein sollen, aber es wird eine harmlose Erklärung hinzugefügt. Ein Wärter berichtet, ein paar Tage nach der Einlieferung seien an Nase und Hand an helle Haut Rötungen und Schwellungen entstanden, die sich trotz Anwendung von Vorfalbe verschlimmert haben.

Einer Ergänzung bedürfen auch noch die polizeilichen Ausführungen über Sch.'s Unzurechnungsfähigkeit. Sie erwecken den Eindruck, daß die Unzurechnungsfähigkeit erst von dem Gericht erkannt worden sei. Der Wärter aber giebt an, Sch. sei schon in der Stadtvogtei so aufgeregt gewesen, daß er auf ärztliche Verordnung zu seiner Veruhigung Morphium erhielt.

Zur Abwehr des Kutsch-Ladenschlusses haben sich, wie wir jüngst berichteten, eine Anzahl selbständiger Geschäftsinhaber vereinigt. Am Mittwochabend hatte diese Vereinigung nach dem Ruggenhagenschen Saale eine Versammlung einberufen, in der, wie eine versendete Einladung meldete, „der bekannte Volkredner“ Herr Färber das Referat übernommen hatte. Die Ausführungen des Redners richteten sich fast ausschließlich gegen eine Notiz des „Vorwärts“, in der die Kürzbarkeit des Kleinhandlertums beleuchtet wurde, das in der bescheidenen Sozialreform des Handelsgewerbes den Grund seiner traurigen Lage erblickte. Die Ausführungen jenes Herrn, der im Brustton innerer Ueberzeugung die verhassten mancherlei Lehren vortrug, waren zeitweise so vielseitig, um aus Höflichkeit nicht verworren zu sagen, daß eine Wiedergabe des Inhalts unmöglich ist. An falscher Behauptungen, die der lebhaften Phantasie des Redners zuschreiben

sind, mangelte es naturgemäß nicht. Daß der „Vorwärts“ in der erwähnten Notiz die Kleinhandler Bluffauger tituliert habe, gehört ebenso zu den Unwahrheiten, wie die weitere Behauptung des Redners, daß die Socialdemokratie in den 80er Jahren gegen die Sonntagstraße und den Kutscherschlus im Handelsgewerbe aufgetreten ist. Gelegentliche Seitenhiebe gegen das herrschende Großagrartum und die Polizeiherrschaft in Preußen vermochten die wirtschaftliche Einseitigkeit des Vortragenden nicht zu bemitleiden. Nach freisinniger Panier polemisierte er gegen jede Festlegung einer Lebensschlußsumme sowohl bei der Sonntagstraße als bei Regelung der täglichen Arbeitszeit. Sonst befandete er seine Sympathie für den unkontrollierten Normalarbeitstag der Angestellten im Handelsgewerbe. Von vornherein war nur den Gegnern des Kutsch-Ladenschlusses das Wort zugeföhrt, andre Redner sollten nach den Worten eines pathetischen Vorsitzenden „gemäßregelt“ werden. Um so peinlicher wirkten deshalb die Schlußworte des Referenten, der die für Verfüzung ihrer täglichen Arbeitszeit agitierenden Angestellten mit Schimpfwörtern wie „grüne Jungens“, „unreife Knaben“ regalierte. Glaubhaft war die Versicherung des Herrn Färber, daß er die Frage des Kutsch-Ladenschlusses nicht studiert habe und nur aus seiner Praxis heraus urteile.

Die außerordentlich schwierige Lage des Kleinhandels, die sich aus der großkapitalistischen Entwicklung ergibt, ließ erwarten, daß in der Diskussion mit Ernst und Würde die Klagen des bedrängten Kleinhandlertums vorgetragen werden würden. Statt dessen wirkten einige Redner durch ihr eigenartiges Auftreten fast belustigend, während andre ihre Reden zum Tummelplatz wüßtester Beleidigungen der Angestellten machten. Interessant waren die mannigfachen Eingeständnisse, daß die Warenhaussteuer ihren Zweck völlig verfehlt habe, daß weiter eine große Anzahl von Ladeninhabern dem Kampfe gegen den Kutsch-Ladenschlus sehr gleichgültig gegenüberstehe und viele Geschäftsinhaber selbst einem früheren Ladenschlus zustimmen.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der man dem Kutsch-Ladenschlus verwarf, nicht ohne vorher etwaigen anwesenden Angestellten die Teilnahme an der Abstimmung zu unterfragen.

Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn hatten sich am Mittwoch in einer ungewöhnlich stark besuchten Versammlung zusammengefunden, um Stellung zur Einführung der freien Arztwahl für die Betriebs-Krankenkasse zu nehmen. In der lebhaften Debatte darüber wurde zur Sprache gebracht, daß die Direktion sich mit den Wünschen der Kassemitglieder betreffs freie Arztwahl durchaus nicht befreunden könne. Daraus erklärte sich auch das Verhalten des Kassenvorsitzenden gegen die Delegierten und die rege Agitation, die gegenwärtig in dem Arbeiter-Verein gegen die Einführung der freien Arztwahl betrieben werde. Einige Delegierte, die sich besonders für diese zeitgemäße Erneuerung ins Zeug legten, haben sogar einen deutlichen Wink mit dem Zaumpehl erhalten. Es ist ihnen bedeutet worden, daß sie als Angestellte sich den Wünschen ihrer Arbeitgeber auch in dieser Sache zu fügen hätten, widrigenfalls — das andre konnten sie sich denken. Allen Anschein nach hat der letzte Delegiertenbeschlus, die Betriebs-Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn der Central-Kommission der Krankenkassen anzugliedern, „oben“ ein wenig verschmüpft, daher auch die jegliche Kernosität dorelbst gegenüber diesem zweiten modernen Schritt der organisierten Kassemitglieder. Zur Annahme gelangte schließlich einstimmig eine Resolution, laut der die Delegierten der Kasse von der Versammlung verpflichtet werden, mit allem Nachdruck für die Einführung der freien Arztwahl einzutreten.

Die Neuerungen im Stadt- und Ringbahnbetriebe werden der Staatsbahn-Verwaltung demnächst noch weitere, umfangreiche Arbeiten verursachen. Am nämlich später, wie geplant, die Vorortzüge auf den Stadtbahnstrecken abfertigen zu können, müssen alle diejenigen Stationen, welche in der Längsrichtung weniger als 150 Meter messen, auf dieses Maß gebracht werden. Es kommen hierbei die meisten Stadtbahnstationen in Frage und die Aufgabe, sie zu verlängern, ist um so schwieriger, als das Bahnplanum auf Viadukten ruht und deren Breite genau nach der Bestimmung der betreffenden Punkte (ob für Bahnsteig oder für freie Straße) bemessen ist. Wo der Bahnsteig verlängert wird, muß natürlich auch die erforderliche Breite geschaffen werden. Am schwierigsten ist die Aufgabe wieder dort zu lösen, wo die Pfeiler der Viaduktbögen, wie z. B. an der Jannowitzbrücke, im Wasser stehen. Hier wird nichts weiter übrig bleiben, als die für die Verlängerung des Bahnsteigs bzw. für die Verbreiterung des Bahnplanums erforderlichen Stützen in das Spreebett einzubauen. Daß diese Erweiterungsarbeiten auch ohnedies sehr kostspielig werden, wird jeder verstehen, der sich der Vorarbeiten und des Ausbaues unserer Stadtbahn noch erinnert. — Die Aufhebung derjenigen Ringbahnstrecken, welche in Beton-Eisenbau ausgeführt werden, sind bis auf zwei Stationen fertiggestellt: Grunewald, woselbst der Stadtbahnsteig in der Nacht zum Sonnabend und Stralau-Kummelsburg, woselbst der mittlere Bahnsteig in der Nacht zum nächsten Dienstag in Angriff genommen werden soll.

Der Güterverkehr nach der Central-Markthalle hat in der letzten Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß die vorhandenen Gütergleise bei weitem nicht mehr genügen, um eine befleunigte Entladung der Wagen zu ermöglichen. Infolge des Platzmangels ist die Güter-Abfertigungsstelle genötigt, strengere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Wie die Verwaltung der Central-Markthalle mitteilt, dürfen Waren für nicht empfangsberechtigte Standinhaber nicht mehr ausgeladen werden und ist infolge dessen die Abfertigung nach der Central-Markthalle zu vermeiden. Etwas eintreffende Warenentladungen für oben erwähnte Standinhaber werden mit Ausnahme von Stützgut nach den Außenbahnhöfen zurückgeleitet, ohne Rücksicht darauf, ob die Waren dem Verderben ausgesetzt sind. Des Platzmangels wegen kann auch die Verladung leerer Postagen nur in beschränktem Maße stattfinden und sind diese möglichst nach den Außenbahnhöfen zu schaffen.

Station Wiesenstraße. Die kommunalen Vereine im Norden Berlins sind anlässlich des Ausbaues der Nordbahn beim Eisenbahnminister um Schaffung einer neuen Vorortstation an der Wiesenstraße vorstellig geworden. Das Gesuch wird damit begründet, daß vom oberen Norden überhaupt noch keine Bahnverbindung nach den Vororten ist.

Wegen Einführung einer einheitlichen Polizeistunde für Berlin und die größeren Vororte will der Verband der Gast- und Schankwirte abermals vorstellig werden. Außerdem will man die Aufhebung des Sigverbotes für Kellerinnen anstreben. Den Brauereien, welche an 1/10-Ameisen liefern, wurde wegen der Unterfügung dieses „unlauteren Wettbewerbes“ (1) mit Massenentziehung der Gastwirtschaftsbesitzung gedroht.

Nach einem der geisteskranken Fahrgeldpfeifer. Herr Droschken-lutscher Karl Müller, der dem Herrn Kreisbauinspektor a. D. Gröger, Schöneberg, Ebersstr. 81, am 15. Juni gefahren hat und ihn dann als Fahrgeldpfeifer entlarvte, teilt uns heute mit, daß jeder Irrtum bezüglich der Person dieses Herrn bei ihm ausgeschlossen sei. Die uns von Herrn Müller gegebene Beschreibung der Persönlichkeit stimmt denn auch völlig mit der des Herrn überein, der auf unserm Redaktionsbureau mitteilte, er sei an dem betreffenden Tage gar nicht in Berlin gewesen. Unter Berücksichtigung des Bescheides, den die Staatsanwaltschaft über den Herrn erteilte und unter der Annahme, daß keine der an der Affaire beteiligten Personen sich in der Angelegenheit einer bewußten Unwahrheit schuldig gemacht hat,



Können wir demnach nur annehmen, daß Herr Gröger an diesem Tage von Berlin „geistig abwesend“ war.

Zu den Veruntreuungen, über die wir gestern berichteten, erfahren wir, daß die geschädigte Anstalt eine hiesige Pfandbriefbank ist. Die verhafteten jungen Leute heißen Kurt Hary und Arndt. Der Urheber und Hauptthäter bei den Unterschleifen ist Hary, der früher bei der Vermögens-Verwaltungsstelle für Offiziere und Beamte angestellt war. Hary bekam Pfandbriefe, das Stück bis zu 5000 M., zur Kontrolle auf kurze Zeit in die Hände, vollzog auch die zur Kontrolle erforderlichen Buchungen richtig, wußte aber gelegentlich jedesmal für einige Tausend Mark Papiere für sich auf die Seite zu bringen. Arndt half ihm, insbesondere auch beim Absatz der Stücke. Von dem unterschlagenen Gelde lebten die beiden herrlich und in Freud. Mit ihren „Frauen“ — in Wirklichkeit lieblichen Mädchen — pflegten sie ein gutes Hotel zu besuchen und sich vom Besten, was Küche und Keller bieten, aufzuheben zu lassen. Sie hatten den Plan, noch ein paar gute Jügel zu thun und dann ins Ausland zu verschwinden. Daher hatten sie auch von den 44 000 M., auf die sich die Veruntreuungen belaufen, nur die Hälfte verbüßelt. Ein Posten Pfandbriefe, den die Ungetreuen in einem hiesigen Bankgeschäft verkauft hatten, ist dort beschlagnahmt worden.

Ueber einen Selbstmord im Ballsaal wird nachträglich vom Sonntagabend berichtet. Der 31 Jahre alte Hofleger Eugen Werth, der bei seinen Eltern in der Großen Frankfurterstraße 73 wohnte, hatte seit drei Jahren ein Liebesverhältnis mit einer 24jährigen Martha Mahe aus der Rigaerstraße 118, die auf den Wäldern in Ober-Schöneeweide arbeitete. Vor 1 1/2 Jahren verunglückte er, indem ihm Erdmassen auf die Weine fielen. Während er im Krankenhaus lag, trat seine Geliebte zu einem andren jungen Manne in Beziehungen. Später aber wandte sie sich ihm wieder zu, wenn er ihre auch nicht mehr so gut gefiel, da das eine Weile nach dem Unfall etwas lahm geblieben war. Am Sonntagabend besuchte das Paar einen Ball, den einige Rauchklub und ein Theaterverein bei Keller in der Kloppestraße veranstalteten. Als Werth gegen Mitternacht mit seiner Geliebten tanzen wollte, schlug sie es ihm ab, weil er ein lahm Bein habe, und tanzte mit einem Klempner. Auf der Galerie stellte er sie deshalb nach dem Tanze zur Rede. Nun aber warf sie ihm den Verlobungsring vor die Füße und ließ ihn stehen. Ohne noch ein Wort zu sagen, ging Werth nach der andren Seite der Galerie hinüber und schloß sich eine Kugel in den Kopf. Unter großer Aufregung wurde der Verwundete mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er gestern starb.

Ein Opfer mehrerer Unfälle ist der 51 Jahre alte Schmied Otto Wüdde aus der Kanstr. 108 geworden. Wüdde arbeitete in der Eisenbahnwerkstatt am Bahnhof Grunewald. Nachdem er schon früher leichtere Unfälle erlitten hatte, flog ihm im vergangenen Jahre ein Stück Eisen an den Kopf und verletzete ihn an der Stirn und am linken Auge. Dieses wiederholte Mißgeschick machte ihn so schwermütig, daß er mehrmals Selbstmordgedanken äußerte. Nachdem er vorgestern bis mittag gearbeitet hatte, ging er nach Hause und nach dem Essen in seine Laube an der Ecke der Wilmersdorferstraße und des Kurfürstendamms. Aus Furcht, geisteskrank zu werden, erhängte er sich dort auf dem Sofa liegend. Als seine Angehörigen ihn fanden, war er schon tot.

Der erste Hansom-Unfall ereignete sich an der Schillingbrücke. Das Pferd stürzte infolge der Glätte zu Boden, der Kutsher stürzte von seinem Sitz auf die Massen des Wagens und fiel auf das Vorderkissen. Während die beiden Fahrgäste mit dem bloßen Schreien davonliefen, erlitt der Kutsher des Hansoms nicht unerhebliche Verletzungen und erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe. Die Gefahren des Hansoms werden übrigens von den Droschkenbeführer-Organen in recht grellen Farben geschildert. Die Erfahrungen, die man mit dem Hansom in seinem Ursprungslande England gemacht hat, sollen angeblich recht ungünstig sein, die Pferde sich vor dem Gefährte recht unsicher fühlen und die Fahrgäste nicht nur mehr Unfällen ausgesetzt, sondern die Hansom-Unfälle für Infassen und Kutsher auch viel gefährlicher sein, als bei andren Fuhrwerk.

Durch einen Sturz von der Treppe ist die 82 Jahre alte Witwe Henriette Gottfried, die bei ihrem Schwiegervater in der Reubenburgerstr. 14 wohnte, tödlich verunglückt. Als sie ihre Stellerwohnung verlassen wollte, um an die frische Luft zu gehen, besam sie auf der Treppe einen Schwindelanfall und stürzte sechs Stufen herab auf das Steinpflaster. Die Greisin zog sich einen Schenkelbruch zu und starb im Krankenhaus an den Folgen der Verletzung.

Ein seiner Hauswirt. Der 37 Jahre alte Schneidermeister Konrad Fink, der früher in der Kochstraße wohnte, mußte dort ziehen, weil er mit der Sittenpolizei zusammengefallen und bestraft worden war. Nachdem er in sechs Jahren 27 mal die Wohnung gewechselt hatte, wollte er nicht mehr mieten, sondern kaufte sich mit Hilfe von Verwandten das Haus Finkenstr. 43/44. Hier glaubte er nun als Hauswirt sein Schreiben ungehindert fortsetzen zu können, aber es kam dahin, daß das Ehepaar anfangs vorigen Monats verhaftet wurde, der Mann in der Wohnung und die Frau von der Straße weg. Die Ermittlungen, die jetzt im wesentlichen abgeschlossen sind, führten zu einer dreifachen Anklage. Hiernach hat Fink einen Mieter mit dem Veil bedroht, einem andren nach Räumung der Wohnung aus einbehaltener Bekämpfung durch Einbruch verschiedene Sachen gestohlen und endlich die Stupperei gewerbmäßig betrieben. Die Ehefrau dieses lauberen Hausbesizers stand unter der Aufsicht der Sittenpolizei. Wegen der Bedrohung sollte sich Fink am vergangenen Montag in Moabit verantworten, die Verhandlung mußte aber vertagt werden, da ein Zeuge erkrankt war. Wegen des Einbruchs ist die Hauptverhandlung auf den nächsten Montag anberaumt, wegen der Stupperei dagegen noch kein Termin angesetzt.

Der mutmaßliche Kindesmord, auf den der Fund der Leiche eines neugeborenen Mädchens auf einem Holzplatz in der Urbanstraße 171 hinweist, beschäftigt die Kriminalpolizei. Die Mutter ist noch nicht ermittelt, allem Anscheine nach aber hat ein älterer Mann, der am Dienstagmittag in jener Gegend gesehen wurde, die Leiche nach dem Fundorte gebracht. Dieser Mann ist etwa 50 Jahre alt und 1,60 Meter groß, hat einen kleinen Schnurrbart und trug einen grauen Jacketanzug und eine Deckelmütze. Er ging später die Bergmannstraße entlang. Die Leiche befand sich in einem weißen Karton und war eingewickelt in das Hauptblatt der „Morgenpost“ vom 18. d. M., also von demselben Tage, an dem das Paket hingeliefert und gefunden wurde.

In das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert wurde ein Gelegenheits-Diener, der bei dem letzten Kennen in Karlsdorf in der vorigen Woche es verstanden hatte, sich Kundenschaft zu erwerben und dann mit den bei ihm gestohlenen Geldern zu verschwinden. Er wurde von einem Geschädigten nachträglich in Karlsdorf getroffen, der seine Festnahme veranlaßte.

Verloren — gestohlen. Belohnungen in Höhe von 200 und 300 M. sind durch Säulen-Anschlag von jenen Firmen ausgesetzt, die in verschiedener Weise erheblich geschädigt sind. Auf dem Wege von der Reichsbank nach der Wälderstr. 40 hat der Angestellte einer Rauchklub-Dandlung eine Geldrolle, enthaltend 100 Bankmarken verloren. Der Finder erhält eine Belohnung von 200 M. — Vor dem Paket-Postamt in der Dramenburgerstraße ist ein der Firma Reichmann, Leipzigerstr. 49, gehöriger Handwagen, auf dem sich 16 Postpakete befanden, gestohlen worden. Eine Belohnung von 300 M. ist für die Herbeischaffung des gestohlenen Gutes ausgesetzt.

### Hus den Nachbarorten.

Ein Vorortring der Straßenbahn. In Tegel wird beabsichtigt, die Große Berliner Straßenbahn zur Schaffung eines Vorortringes

zu veranlassen, damit sie dem Verkehr, er bezieht sich an den Sonntagen auf 50—80 000 Personen, gerecht werden kann. Es wird vorgeschlagen, eine Linie Berlin-Tegel-Spandauer Vor-Charlottenburg-Berlin und umgekehrt zu schaffen. Die Ausführung dieses Projektes ist in der That sehr leicht. Der Ausbau der Straßenbahn von Charlottenburg resp. dem Spandauer Vor nach Spandau und Spandau-Hafenselbe ist bereits beschloffen, so daß also nur die Verbindung mit Tegel herzustellen wäre. Hierbei liegen besondere Schwierigkeiten nicht vor, und da die Rentabilität einer solchen Vorortlinie kaum zu bezweifeln ist, hofft man, daß die Straßenbahn-Gesellschaft dem Projekt sofort näher treten wird, damit es zum nächsten Frühjahr verwirklicht werden kann.

Nirborf. Die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen liegen bis zum 30. August an den Wochentagen von 8—9 Uhr und Sonntags von 8—10 Uhr im Wahlbureau auf dem Rathaus, Eingang Ehrstraße, öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Obwohl in diesem Jahre regelmäßige Wahlen nicht stattfinden, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß sich event. Ersatzwahlen notwendig machen, darum liegt es in jedes Einzelnen Interesse, in die Wählerlisten Einsicht zu nehmen.

Vom polnischen Arbeiterleben. In Friedrichsfelde halten sich gegenwärtig infolge der Bahnarbeiten und der Vollendung des Magerviehhofes zahlreiche polnische Erdarbeiter auf. Die Leute haben sich für wenige Groschen in kleinen Wirtschaften, auf Gehöften usw. ein Unterkommen gesucht. Wirft man einen Blick in die Wohnungen resp. auf die Wohnstätten der Leute, so lernt man ein Stück Elend kennen. Dazu kommt die schlechte Behandlung, welche ihnen zeitweise zu teil wird. Einem Erdarbeiter, welcher in der vergangenen Woche die Arbeit niedergelegt hatte, weil ihm das Ausschachten der Erde — es giebt neun Fennige pro Kubikmeter — zu schwer war, wurde von seinem Wirte, dem er 1,50 M. schuldete, aufgegeben, die Schuld abzarbeiten. Als der Arbeiter die Stunde mit 30 Pf. berechnet wissen wollte, wurde er nur notdürftig bescheidet hinausgeschickt. Da ihm auch die Invalidentaxe zurückbehalten worden war, besam der Mann nirgends Beschäftigung und wurde nun gestern hungrig und vollständig abgerissen von Polizeibeamten aufgegriffen. Jetzt ist nun die Gemeinde Friedrichsfelde für ihn eingetreten. Seine Sachen sind von dem Wirt, bei dem der Pole wohnte, von der Behörde eingelöst worden. Wegen der Zurückbehaltung der Arbeitspapiere und der widerrechtlichen Einbehaltung der notwendigen Kleidungsstücke des Arbeiters wird sich der Wirt vor Gericht zu verantworten haben.

Beim Herstellen von Seifenblasen verunglückt ist am Dienstagabend die siebenjährige Tochter des Maurers Kirgan in Potsdam. Sie verlor, als sie eine Seifenblase vom Fenster hinausblies, das Gleichgewicht, stürzte aus der ersten Etage auf den Hof des Hauses Zimmerstr. 8 und zog sich einen Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen zu.

## Gerichts-Zeitung.

Während des großen Sturmes, der am 19. April d. J. in Berlin und Umgebung so bedeutende Verwüstungen anrichtete, spielte sich im Nordwesten Berlins ein Aufritt ab, welcher gestern vor der sechsten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung gelangte. Von dem Hause Siemensstr. 7 hatte der Sturm ein Stück der Dachrinne losgerissen und auf die Straße geschleudert. Die Gefahr lag nahe, daß auch der Rest der Rinne herunterfallen und Vorübergehende beschädigen konnte. Zwei der Hausbewohner, von denen der eine der Wädergeselle Franz Jborowski war, kletterten auf das Dach, um den bereits locker gewordenen Rest der Rinne vollends loszulösen. Die gefährliche und halbberichterische Arbeit der beiden Männer hatte eine größere Zuschauermenge angelockt, welche in atomloser Spannung die Wäde nach oben richtete. Es war bereits nach der Feuerwehr, „dem Mädchen für alles“, geschickt worden. Es eilten zwei Feuerwehrlente herbei und mit diesen erschien zugleich der Polizeileutnant des Reviers. Als dieser die gefährliche Situation der beiden Leute auf dem Dache erkannte, rief er ihnen in der wohlmeinendsten Absicht zu: „Jetzt kommen Sie herunter, daß kein Unglück geschieht, die Feuerwehr ist jetzt da!“ Jborowski bog sich zum Entsetzen der Zuschauer mit dem Oberkörper über die Rinne hinüber und erwiderte dem Leutnant: „Galt' das Maul, Du dreidiger Keel!“ Er machte auch erst Anstalten, den Rüdigung anzutreten, als die beiden Feuerwehrlente, welche auf das Dach gelleitert waren, ihn erreicht hatten. Nun wollte der Leutnant die Persönlichkeit des Verleiders auf der Wäde feststellen. Jborowski widerlegte sich aufs heftigste. Das Schöffengericht verurteilte ihn dann wegen Verleumdung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen Gefängnis. In der Berufungsinstanz behauptete der Angeklagte, daß die von ihm gegebene ungenügende Antwort gar nicht auf den Polizeileutnant gemünzt sei, dessen Jurat er auch nicht gehört habe. Dies wurde ihm nicht geglaubt. Der Staatsanwalt hatte wegen des geringen Strafmaßes Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht trat dieser Ansicht bei und erhöhte die Strafe auf drei Wochen Gefängnis. — Uns kann es nicht gerade einleuchten, daß es notwendig war, den Mann, der sich hilflos in Lebensgefahr begab, wegen einer unter recht eigenartigen Umständen in durch die Umstände erklärlicher Aufregung begangener Verleumdung vor den Richter zu zitieren. Der Mann hatte jedenfalls die Hauptarbeit gethan und sah nun nicht ein, daß das berühmte Berliner „Mädchen für alles“, die Feuerwehr, den jetzt leicht zu erringenden Lorbeer einheimen sollte.

Ein Wästling. Aus dem Moabiter Untersuchungsgefängnis wurde am Donnerstag der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts II ein Wästling in der Person des Glasermeyers Albert Wilhelm Wurl vorgeführt, um sich wegen Sittlichkeitsverbrechens in dreizehn Fällen zu verantworten. Der bisher unbestrafte, 41jährige Angeklagte war beschuldigt, durch kleine Geschenke Schulmädchen unter vierzehn Jahren an sich gelockt und zu unzüchtlichen Zwecken gemißbraucht zu haben. Zu der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, waren noch 24 Einwohner von Tempelhof nebst einer Anzahl Entloftungszugehen vorgelesen. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme erkannte die Ferien-Strafkammer wegen wiederholten Sittlichkeitsverbrechens auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

### Briefkasten der Redaktion.

C. F. Eine Klage braucht der Strafanzelge nicht voranzugehen. — G. W. Der Verletere hat Anspruch auf vollen Schadenersatz. — F. H. St. Mietschulden sind die Wohnung zu angemessener Zeit zu zeigen. Als angemessene Zeit gilt in Berlin 9 bis 5. Für Desnung hat der Mieter Sorge zu tragen, eventuell den Schlüssel zu übergeben. — P. S. 1. Ja. 2. Carl Dehmanns Verlag. Ja, das Buch können Sie durch die Buchhandlung Vorwärts beziehen. — Friedmann, H. P. 1. Zahlungspflicht liegt vor, der Mutter steht das Erziehungsgeld zu. 2. Nein. — Mieter Weiskene. Ohne Einsicht in den Mietsvertrag ist Ihre Frage nicht zu beantworten. Sprechen Sie mit dem Vertrage in der Sprechstunde vor. — Franz König. § 20a des Krankenversicherungs-Gesetzes schreibt vor, daß Krankengeldern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld soweit zu kürzen ist, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag Ihres durchschnittlichen Tageslohnes übersteigen würde, daß jedoch durch Kassenstatut die Kürzung befristet werden kann. Es kommt also darauf an, ob Ihr Statut solche Maßnahmen enthält und der Erkrankte tatsächlich anderweit versichert ist oder einer Klasse angehört, die kein Recht auf Versicherung giebt und daher wie manche Zuchthausgefangene nicht als Versicherung zu erachten ist. — Auslands. dah. 100. Ihr Bruder kann einen Haft erhalten. — G. Kasar. 1. Lohnarrest für Steniers im Voraus ist nicht zulässig. 2. bis 4. Ja. — Streitfall 100. J. 30. R. J. 129. V. 32. Rein. — 3170. H. A. C. S. 1001. Ja. — Dachdecker Nürnberg. Es ist uns kein Bericht zugegangen. — C. S. 27. Berliner Brodenhaus, Reimendorferstr. 46a. — H. S. 1000. Finden Sie in Nr. 192 im Briefkasten beantwortet unter H. D. 40.

100 G. G. Der Redaktion ist Mitteilung gemacht; allein im Handumdrehen ist da nichts zu ändern. — G. S. 100. „Vollzeitung“ Düsseldorf, Münsterstr. 67. — C. D. Demogen Sie die Adresse: Oskar Kolesowski, Berlin NO., Reiprodustr. 3. — IV. Wahlkreis. Am 20. August 1902 starb L. H. E. O. R. W. G. n. e. r., unser lieber, unvergesslicher Vater; das Begräbnis fiel auf Sonntag, den 21. August. Bild und kurze Biographie des stets unverzagten Streikers bringt der Neue Welt-Kalender für 1904.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.

G. S. 1. Das Pfand wird nicht durch Zeitablauf Ihr Eigentum. Sie können nur das Pfand nach erfolgter Androhung des Verkaufs oder auf Grund eines Urteils durch einen Gerichtsvollzieher verkaufen lassen. 2. Unter allen Umständen ist ein Besuch der Fortbildungsschule (in Ihrer Nähe zumstr. 75) zu empfehlen. Ueber die für Ihr Mädchen zweckmäßigsten Fächer erteilt Ihnen der Rektor (Herr) wohl gern Auskunft. Daneben kann das Mädchen eine Lehrstelle annehmen. 3. Eine derartige Stiftung kennen wir nicht. Bedenken Sie sich an den Magistrat. — Hermannstraße 208. Reklamieren Sie. Der Anspruch auf Schadenersatz steht dem Abender oder Jünger zu. — B. G. 999. 1. und 2. Ra. 3. Rein. — Otto Reindke. Ein Auslandspaß ist für einen längeren Aufenthalt im Ausland nicht notwendig, aber zweckmäßig. Ueber Reise-Angelegenheiten (kürzester Weg, Preis usw.) erteilt Ihnen die beste Auskunft das amtliche Auswärtige Amt und die amtliche Konsulatsstelle (Alexanderplatz- und Anhalter Bahnhof). — W. S. Punkt C der Statuten macht den Verein zu einem Versicherungsverein, der behördlicher Genehmigung bedarf. Sie müssen das Statut so einrichten, daß dem Mitglied keinerlei Anspruch zusteht, daß aber durch Demokratisierung der Organisation Bittir ausgeschlossen wird. Thun Sie das, so geht die Behörde der Verein nach seiner Richtung etwas an. — P. 100. 50 Jahre, Dispens zulässig. Kaiser's S. 44 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken (Alexandrinenstr. 26 und den städtischen Bibliotheken) aus. — G. R. H. 35. Rein. — 1846. C. S. Solche Kündigung kann als Verleumdung aufgefaßt werden. — G. D. Nach der Kündigung hat der Chef auf Verlangen dem Angestellten eine angemessene Zeit zum Aufsuchen einer andren Arbeitsgelegenheit zu gewähren. Kommt keine Vereinbarung darüber zu Stande, was im konkreten Falle eine angemessene Zeit ist, so hat auf Ansuchen des Gerichts zu entscheiden. — S. S. 11. Solcher Prozeß würde voraussichtlich zu Ihren Gunsten entschieden werden. — C. S. 1. Die Voraussetzungen sind erfüllt. Sie sind im Recht. Sie sind zur Zahlung der Raten verpflichtet und können keineswegs durch Nichtzahlung von Raten loskommen. — Wette 100. Weide, in erster Reihe der Zugführer. — Bürger l. Th. 1. Eine Nachfrage und ohne Aufforderung sind die erforderlichen Statutenänderungen zu machen. 2. Ein Musterlatut wird im Oktober veröffentlicht werden. — F. R. Urlaub auf zwei Jahre plekt erteilt zu werden. Bedenken Sie sich an das Bezirkskommando. — C. D. Ein Ehemann kann dem von seiner Frau vor seiner Ehe außerredlich geborenen, nicht von ihm erzeugten Kinde mit Einwilligung seiner Frau und des Vormundes seinen Namen beilegen. Das zu thun liegt im Interesse des Kindes. Um diese Namensbeilegung zu erreichen, schreibt der Ehemann etwa: „Meine Frau hat vor der Ehe ein nicht von mir erzeugtes Kind (Namen) geboren. Ich erteile hierdurch dem Kind meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es sozian . . . heißen soll.“ Hierunter setzt der Ehemann seinen Ort, Datum und Namen und läßt den Namen von einem Notar oder von einem Amtsgericht beglaubigen. Unter diese Urkunde läßt er seine Frau und den Vormund des Kindes schreiben: „Mit der Urteilung des Namens . . . an mein Kind beiziehentlich mein Wandel bin ich einverstanden.“ Hierunter setzen die Frau und der Vormund ihre Namen, lassen auch diese Unterschriften notariell oder gerichtlich beglaubigen. Abdam beantragt der Ehemann unter Ueberreichung dieser Urkunde bei dem Standesbeamten, in dessen Register die Geburt des Kindes eingetragen ist, auf Grund dieser Urkunde den Namen des Kindes . . . in . . . anzuschreiben“. Ob die Ehefrau eheliche Kinder hat oder nicht, ist für die Beilegung des Namens in dieser Art unerheblich. Die Erklärungen können auch, statt notariell oder gerichtlich beglaubigt zu werden, zu Protokoll des Standesbeamten abgegeben werden, in dessen Register die Geburt des Kindes eingetragen ist. In der Pflicht des außerredlich Erzeugers zur Alimentenzahlung wird durch die Namensbeilegung nichts geändert.

### Marktpreise von Berlin am 19. August 1903

nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidiums.

|                |       |       |   |                           |       |      |
|----------------|-------|-------|---|---------------------------|-------|------|
| Weizen, gut    | 2.-   | —     | — | Kartoffeln, neue D.-Gr.   | 8,00  | 5,00 |
| — mittel       | —     | —     | — | — Rindfleisch, Rente 1 kg | 1,80  | 1,20 |
| — gering       | —     | —     | — | — „ „ „ „                 | 1,40  | 1,00 |
| * Roggen, gut  | 13,20 | —     | — | — Schmelzschmalz          | 1,60  | 1,20 |
| — mittel       | —     | —     | — | — Stabfleisch             | 1,80  | 1,20 |
| — gering       | —     | —     | — | — Hammelschmalz           | 1,80  | 1,20 |
| ** Gerste, gut | 14,40 | 13,70 | — | — Butter                  | 2,60  | 2,00 |
| — mittel       | 13,60 | 13,00 | — | — Eier 60 Stück           | 4,00  | 2,60 |
| — gering       | 12,90 | 12,30 | — | — Karpfen 1 kg            | 2,40  | 1,40 |
| Daser, gut     | 16,60 | 15,40 | — | — Kälbe                   | 2,80  | 1,40 |
| — mittel       | 15,30 | 14,10 | — | — Lämmer                  | 3,00  | 1,20 |
| — gering       | 14,00 | 12,80 | — | — Hühner                  | 2,40  | 1,20 |
| Richtmaß       | 4,00  | 3,66  | — | — Barfische               | 1,80  | 80   |
| Heu            | 6,70  | 4,60  | — | — Schlei                  | 3,00  | 1,20 |
| Erbisen        | 40,00 | 25,00 | — | — Mele                    | 1,40  | 70   |
| Espelsbohnen   | 50,00 | 25,00 | — | — Stroh                   | 18,00 | 3,00 |
| Linien         | 60,00 | 20,00 | — |                           |       |      |

\* ab Bahn. \*\* Kamm und Geruch.

### Witterungsübersicht vom 20. August 1903, morgens 8 Uhr.

| Stationen  | Barometere-höhe mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. (Tag-Nacht) | Stationen  | Barometere-höhe mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter  | Temp. in C. (Tag-Nacht) |    |
|------------|--------------------|--------------|------------|--------|-------------------------|------------|--------------------|--------------|------------|---------|-------------------------|----|
| Swinemünde | 757                | W            | 3          | heiter | 13                      | Caparanda  | 755                | D            | 4          | Regen   | 13                      |    |
| Hamburg    | 758                | SW           | 2          | wolkig | 11                      | Petersburg | 754                | SW           | 2          | bedeckt | 12                      |    |
| Berlin     | 759                | SW           | 3          | heiter | 13                      | Gort       | 753                | —            | —          | 1 Regen | 11                      |    |
| Kranf.a.M. | 762                | —            | —          | 3      | bedeckt                 | 12         | Hörbeem            | —            | —          | —       | —                       |    |
| München    | 765                | —            | —          | 6      | Regen                   | 11         | Paris              | 764          | —          | —       | 2 wolkig                | 11 |
| Wien       | 759                | —            | —          | 3      | bedeckt                 | 13         |                    |              |            |         |                         |    |

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. August 1903. Kühl und vorwiegend wolkig mit schwachen Regenschauern und mäßigen Südwestwinden. Berliner Wetterbureau.

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
i. d. G. Berl. Reichstagswahlkreis  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter bereits am 12. d. Mts. verordnete Genosse, der Rädel-pollteer  
**Max Geisler**  
Grünthalerstraße 62  
(früher Waldmannslust) heute, Freitagabend 6 Uhr von der Leichnhalle des Pauls-Friedhofes (Seestraße) aus beerdigt wird.  
Ehre seinem Andenken!  
218/18 Der Vorstand.

**Daufjagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Schwiegervater und Großvaters 21872  
**Carl Weidehoff**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Chef und dem Personal der Firma Salomon unsern innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.**  
Sonntag früh 7 Uhr:  
Prenzlauer Thor nach Biesenthal (über Klempnitz).  
Mittags 1 Uhr: Schleißische Brücke nach Schönetae.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Carl Schölzel**  
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Reichklub „Nordost“ Berlin und dem Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgebung für die rege Beteiligung meinen tiefgefühlten Dank.  
4539  
**Anna Schölzel**  
geb. Schmidt,  
nebt Sohn und Schwiegertochter.

**Gesangbücher**  
von 1,25 Mk. an.  
Album und Leberwurst-Gabril Oskar Gundran, •  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.  
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.  
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW